

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 b.  
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung:  
Preis der sechs-spaltigen Kolonnenzeile 1 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **361500** Exemplaren  
erscheint diese Ztg.

### Zum 1. Mai.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat folgenden Aufruf erlassen:

Parteigenossen!

Der Tag der Maifeier rückt heran. Überall rüstet sich das Klassenbewußte Proletariat, um diesen Tag im Sinne der Solidarität der Arbeiterklasse aller Kulturländer zu begehen als Ausdruck der gleichen Gesinnung und des gleichen Strebens nach dem allen gemeinsamen Ziele!

Dieses Ziel ist: Die Verwirklichung der Demokratie in allen Kulturländern und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes und der Abstammung und die Umwandlung der kapitalistischen Produktions- und Austauschweise in die sozialistische, damit, wie es in unserem Parteiprogramm heißt, der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elendes und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde!

Im Sinne dieser Bestrebungen beschloß der letzte Parteitag zu Mannheim einstimmig folgende Resolution:

Die Maifeier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsam Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassen demonstration wird sie von dem Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maifeier abzusehen.

In Übereinstimmung mit den internationalen Kongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdige Form der Feiertage. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Mehr als früher hat dieses Mal die Arbeiterklasse aller Länder, und speziell die deutsche, allen Grund, den Feiern der Maifeier zugrunde liegen, ihre laute und nachdrückliche Zustimmung zu erteilen. Denn es gilt der Arbeiterklasse zu zeigen, daß all die schönen Reden von Arbeiterwohlstand und sozialen Reformbestrebungen, mit denen heute die bürgerlichen Parteien die Arbeiterklasse überschütten, in der Hauptsache nur leere Worte sind, mit denen sie die Arbeiter zu ködern und für die weitere Fortdauer der Zustände, die die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen verewigen sollen, zu gewinnen trachten. Man will die allzu drückenden Fesseln an wenig lockern, aber nicht zerbrechen.

Und wie es auf dem Gebiet der Sozialreform immer nur Fiktion und Schematismus bleiben wird, was die bürgerlichen Klassen leisten, wie es zum Beispiel trotz jahrzehntelanger Anstrengungen bis heute nicht gelungen ist, einen gesetzlich festgesetzten Normalarbeitstag für alle Arbeiter durchzusetzen, so stehen auch auf dem Gebiet der internationalen Politik, trotz aller Versicherungen, daß man von dem Wunsche beseelt sei, den Frieden zu erhalten und die Ausgleichung der nationalen Gegensätze herbeizuführen, die Worte mit den Taten in schärfstem Widerspruch. Man preißt den Frieden in den höchsten Tönen und rüstet gleichzeitig in allen Heerlagern mit einem Eifer, als sollte morgen die Männerblüte der Nationen zur Schlachtkampfbahn geführt werden.

An diesem Zustand wird auch die sogenannte internationale Friedenskonferenz, die im Juni dieses Jahres zum zweiten Male im Haag zusammentritt, nichts zu ändern vermögen. Man wird viel schöne Worte wechseln und friedliche und freundschaftliche Versicherungen austauschen. Man wird auch, wie bereits auf der ersten Friedenskonferenz, wunderbare Resolutionen einstimmig annehmen, aber dann geht man selbstzufrieden nach Hause und es bleibt alles beim alten. Die Auguren Roms sind auch heute noch nicht ausgefallen.

Das mit Gewitteratmosphäre geschwängerte Europa kann sich glücklich preisen, wenn im Haag nicht statt der Versuche, einen Stillstand in den Rüstungen herbeizuführen, eine noch stärkere Aufrüstung provoziert und damit der Ausbruch der längst gesuchten Katastrophe beschleunigt wird.

Um so mehr ist es Aufgabe der Klassenbewußten Arbeiter aller Länder, an der Entschiedenheit ihres Willens, den Völkern den politischen Frieden zu erhalten, keinen Zweifel auskommen zu lassen, da der soziale Frieden in der auf Klassengegensätzen und widerstreitenden Interessen aufgebauten Gesellschaft nicht möglich ist.

Wie wenig der soziale Frieden heute möglich ist, dafür legen klassisches Zeugnis ab die gewaltigen Kämpfe, die in diesem Augenblick in Deutschland innerhalb der verschiedensten Berufsstände abspielen und Hunderttausende deutscher Arbeiter auf die Straße geworfen haben. Die angesichts einer Vorkonkurrenz

fast sondergleichen und angesichts der mächtig gestiegenen Mieten und Lebensmittelpreise nur zu gerechtfertigten Forderungen zahlreicher Arbeiterschichten hat das Unternehmertum in einer langen Reihe von Fällen mit der Aussperrung der Fordernden beantwortet. Für diese einzutreten und ihnen zu einem Siege zu verhelfen, ist die vornehmste Aufgabe der organisierten Arbeiter. Schwere finanzielle Opfer, schwere Opfer an Familienglück und Kinderwohl werden den Arbeitern aufgezwungen, um die Gewaltstreiche der Unternehmerklasse zurückzuweisen. Und nach neuen Gewaltstreichen giert diese.

Dort, wo solche Gelüste vorhanden sind, dürfen wir nicht die Befriedigung derselben ermöglichen. Das gebietet die Klugheit und das Interesse der beteiligten Arbeiter.

Daher empfehlen wir unseren Parteigenossen, überall dort, wo die Gewißheit besteht, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai zu einer Aussperrung führt, unter den obwaltenden Umständen von einer Arbeitsruhe abzusehen. Die Arbeiter, die nicht in die Arbeitsruhe eintreten können, mögen am Abend des 1. Mai zusammentreten, um ihren Forderungen und Bestrebungen den gebührenden Ausdruck zu geben.

Der Satz in der oben angeführten Resolution des Mannheimer Parteitags, daß die allgemeine Arbeitsruhe dort eintreten soll, „wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist“, zeigt, daß der Parteitag der Meinung war, daß die Arbeitsruhe keine unter allen Umständen durchzuführende Forderung ist.

Parteigenossen! Wir vertrauen auf eure Einsicht und Klugheit! Wir erwarten, daß ihr die Verhältnisse genau prüft und eine Entscheidung trefft, die ihr vertreten könnt. Mögen immerhin dort, wo ihr einem ungleichen Kampfe oder einem Kampfe, dessen Opfer den Erfolg nicht lohnen, aus dem Wege geht, eure Feinde auch höhnen. Bewahrt eure Kaltblütigkeit. Ihr Höhnen ist nur der Ausdruck ihres Argers darüber, daß eure Klugheit der Anwendung ihrer Brutalität keine Gelegenheit bietet.

Die Opfer, die ihr jetzt in einem Kampfe vergeblich bringen müßet, können, zur rechten Stunde gebracht, Siege erringen helfen.

Die kommenden Zeiten werden es an schweren und immer schwerer werdenden Kämpfen nicht fehlen lassen. „Denn Kampf und wieder Kampf entringt sich diesen Tagen.“ Hier die Arbeiterklasse, dort die Unternehmerklasse, geschürt und gestützt durch die Staatsgewalt. Beide stehen sich kampfbereit gegenüber. Die stets schärfer werdenden Gegensätze lassen sich nicht ausgleichen. Die Kluft wird breiter und tiefer. Parteigenossen! Das beachtet und richtet danach eure Taktik ein. Die Maifeier ist Gemeingut des Proletariats geworden — und bleibt es, den Gegnern zum Trost!

### Hoch der 1. Mai!

Berlin, den 15. April 1907.

Der Parteivorstand.

In dieser Kundgebung des Parteivorstandes erblicken wir eine Mahnung zur Selbstbeherrschung. Manchem mag diese Mahnung vielleicht überflüssig erscheinen, allein sie ist sehr am Platze, denn nicht überall in unseren Reihen hat man bisher das Maß unserer Kräfte richtig eingeschätzt. Wir sind überzeugt, daß die Kundgebung des Parteivorstandes nicht überall Zustimmung gefunden hat, und auch wir bekennen, daß einige Stellen uns zu einem Widerspruch veranlassen könnten. Allen diese Stellen sind nebensächlich im Vergleich zu der Grundtendenz, die unseren vollen Beifall findet.

Der Parteivorstand hat gewiß aus bestimmten Vorgängen bei der vorjährigen Maifeier die Überzeugung gewonnen, daß eine Warnung vor „Überspannung des Bogens“ nötig ist, denn die Situation ist auch in diesem Jahre so, daß es in der Tat Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher lauten hiesse, wenn man ihnen einen willkommenen Anlaß zu Repräsentationen geden müßte. Die Taktik der Scharfmacher läuft darauf hinaus, durch Aussperrungen bei der Maifeier die Gewerkschaften lahm zu legen, sie für Kämpfe, bei denen es sich um positive Forderungen handelt, unfähig zu machen. Es bedeutet also kein Zeichen der Schwäche, wenn man die Absichten der Gegner durchkreuzt.

Wenn die Gegner die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai zu einer Machfrage von grundsätzlicher Bedeutung machen wollen, so dürfen wir uns darauf nicht einlassen. Wir müssen immer im Auge behalten, was den wirklichen Inhalt der Maifeier ausmacht, und das ist die planmäßige Verkürzung der Arbeitszeit, ausreichender Arbeiterschutz, die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter. Auf die Erreichung dieses Zieles müssen unsere Bemühungen in erster Linie gerichtet sein. Dabei werden wir in Zukunft wie bisher schwere Kämpfe auszufechten haben.

Die Maifeier soll uns eine besondere Gelegenheit geben, möglichst vielen Arbeitern die kulturelle Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit klar zu machen, sie zum Anschluß an unsere gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu ermuntern und sie als Mitstreiter zu gewinnen. Passe es sich deshalb jeder Kollege angelegen sein, für eine zahlreiche Beteiligung an der Maifeier zu agitieren.

Wir geben hier zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß die Kollegen überall dort, wo sie zur Arbeitsruhe am 1. Mai Stellung genommen haben, sich auch genau an die Beschlüsse unserer Leipziger Generalversammlung halten werden.

### Verkürzung der Arbeitszeit.

Unsere diesjährige Maifeier fällt in eine Zeit lebhafter Bewegung um die Verkürzung der Arbeitszeit, der sie ja, und zwar mit dem vorläufigen Endziel des Achtstundentags, in erster Linie dienen soll. In Berlin stehen die Holzarbeiter und die Bauarbeiter im Kampfe um den Achtstundentag, erstere bekanntlich schon seit anfangs Januar, also weit über ein Vierteljahr. In Belgien ist der gesetzliche Achtstundentag für die Bergarbeiter beschlossen worden, worüber die liberal-kapitalistische Regierung stürzte. Diese Vorgänge sind besonders charakteristisch für die sogenannte „christliche Sozialpolitik“, die im Bunde mit der katholischen Kirche, wie päpstliche Unfehlbarkeit behauptet, allein imstande sein soll, die soziale Frage zu lösen. Seit 23 Jahren herrscht in Belgien das liberale Regiment, aber es hat während dieses fast vollen Vierteljahrhunderts so wenig auf sozialpolitischem Gebiet geleistet, daß Belgien zu den rückständigsten Staaten gehört. Der Einführung des Achtstundentags hat es sich jetzt nun ebenfalls mit allen Kräften widersetzt und sich sogar nicht scheut, den Papst als Bundesgenossen anzurufen, der dem Wuse denn auch bereitwillig Folge leistete. Er verkündigte als römisches Orakel der Welt die tiefgründige Weisheit, daß in der heiligen Schrift nirgends etwas davon stehe, daß ein Katholik nur acht Stunden täglich arbeiten dürfe. Gewiß, sie sagt aber auch nichts davon, daß er 9, 10, 11 und 12 und noch mehr Stunden täglich arbeiten müsse. Rom hätte besser getan, zu schweigen, denn es hat die „katholische Sozialpolitik“ nur kompromittiert und die durch eigenen Unverstand mangelig gewordene liberale belgische Regierung doch nicht getretet, sich also unsonst blamiert. Die vatikanische Politik ist also recht minderwertig.

Ohne jegliche auswärtige Einmischung hat die Gemeindevertretung von Kopenhagen, der Hauptstadt Dänemarks, mit 29 sozialdemokratischen und liberalen gegen 12 konservativen Stimmen ebenfalls in diesen Tagen die Einführung der Achtstundenschicht in den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken für alle Arbeiter beschlossen, nachdem sie schon seit einiger Zeit für die Feuerarbeiter bestanden hatte. Mit derselben Stimmenmehrheit wurde die Verabfolgung des Dienstturnus der Feuerwehrleute von 48 auf 24 Stunden und ferner Erhöhung des minimalen Stundenlohnes der städtischen Arbeiter von 30 auf 40 Ore (33 auf 44 Pf.) beschlossen. Im dänischen Parlament ist vor Jahren ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentags eingebracht und kürzlich wurde wieder einmal über ihn verhandelt, allein es scheint in nächster Zeit noch keine Aussicht auf seine Annahme vorhanden zu sein.

Dagegen hat das englische Parlament die von den Arbeitervertretern eingebrachte Gesetzesvorlage betreffend den Achtstundentag in den Bergwerken einstimmig angenommen, nachdem der Vertreter der Regierung sich grundsätzlich dafür ausgesprochen und ferner erklärt hatte, daß sie selbst einen begünstigten Gesetzentwurf dem Parlament vorlegen werde, sobald der Bericht der von ihr eingesetzten Studienkommission eingelangt sein werde.

Bekanntlich bezieht auch in Deutschland der Achtstundentag schon teilweise. Professor Abbe schätzte bereits 1901 in einem über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Verkürzung des industriellen Arbeitstags gehaltenen Vortrag die Zahl der deutschen Arbeiter mit der achtstündigen Arbeitszeit auf circa 15000. War diese Annahme richtig, so dürfte heute ihre Zahl doppelt so groß sein, denn sie ist in den seitdem verfloffenen sechs Jahren bald da bald dort in einem Betrieb oder in einem ganzen Gewerbe eingeführt worden. So besteht er zum Beispiel in einem Teile des Berliner Baugewerbes, für die Radspitzer, die dortigen Steinbildhauer haben den Siebenstundentag, an den Vorabendern von Sonn- und Feiertagen die 8 1/2 stündige Arbeitszeit. Der tägliche Minimallohn beträgt 6 50 Mk. Die Achtstundenschichten in Gasanstalten sind in den letzten Jahren ebenfalls an verschiedenen Orten eingeführt worden, so in Berlin, Offenbach a. M., Königsberg u. s. w. Ein erheblicher Teil der seitener Arbeiter mit dem Achtstundentag sind Metallarbeiter, es sei nur an die 1400 Arbeiter der Zeisswerke in Jena, an die vier Fabrikfabriken Freese in Berlin, Hamburg, Leipzig und Breslau erinnert, ferner gibt es verschiedene Betriebe der Metallindustrie in Berlin und anderen Orten, die die achtstündige Arbeitszeit haben. Bedeutende Fortschritte hat bekanntlich trotz aller Widerstände der Unternehmer der Neunstundentag in der Berliner Metallindustrie gemacht.

Sehr schätzenswerte Ausbreitung hat der Achtstundentag in jüngster Zeit in Österreich erfahren. So ist er Ende 1906 in Wien auf friedlichem Wege in den 18 größten Juwelieregeschäften eingeführt worden. Der bezügliche Tarifvertrag sieht ferner die Freigabe des ganzen 1. Mai, Lohnzuschlag von 30 Prozent für Überstunden und von 50 Prozent für Nacharbeit vor. Die österreichischen Steinbrücker haben ebenfalls den Achtstundentag erlangt, den auch die Hof- und Staatsdruckerei in Wien einführt.

In der Schweiz haben die Steinbildhauer in Basel den Achtstundentag mit 8 Fr. täglichem Minimallohn, ferner hat ihn die Seifenfabrik „Sunlight“ (englische Aktiengesellschaft) in Olten eingeführt.

In Holland gilt seit jüngster Zeit die 8 1/2 stündige Arbeitszeit in der gesamten Diamantindustrie. Sehr interessant sind die Mitteilungen, die bei Gelegenheit der Einführung dieser Arbeitszeit über die Entwicklung der Arbeitszeitverhältnisse in dieser Industrie gemacht wurden. Bis zum Jahre 1894 pflegten die Diamantarbeiter von Amsterdam regelmäßig 12 Stunden täglich zu arbeiten und gegen Ende der Woche verlängerten sie ihren Arbeitstag gar noch um zwei bis vier Stunden, um mit einer bestimmten Menge Arbeit fertig zu werden und einen etwas besseren Lohn zu verdienen. Nachdem jedoch der Diamantarbeiterverband seine Tätigkeit aufnahm, wurde es besser. 1896 kam der Zehnstundentag und 1904 erfolgte nach einer großen und langwierigen Aussperrung die



Gebirge weist, bei uns in den Gassen der Arbeiterviertel der Bürgel umgeht und jedem dritten, jedem zweiten unserer Kleinen mit unbarmherziger Hand die jungen Augen schließt — da wollen wir mit doppeltem Ingrimm unseres Loses gedenken und mit doppelter Begeisterung unsere Forderung nach dem Achtkundentag und mit ihm nach Luft und Licht, nach Freiheit und Leben hinausrufen. Wir stehen für unsere Weiber, unsere Kinder!

### Hüttenarbeiterschutzes und Reichstag.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Selten hat eine fachgewerbliche Druckchrift im Reichsparlament so viel Interesse geweckt, wie die vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes herausgegebene, im Reichstag verteilte Broschüre: „Beiträge zur Kenntnis der Lage der Hüttenarbeiter Deutschlands.“ Wiederholt wurde auf sie in der sozialpolitischen Debatte von den verschiedenen Parteivertretern Bezug genommen; meistens allerdings ohne die Quelle anzugeben, aber was die Redner vortrugen, stützte sich, wie der Kundige bald herausfand, auf die Enquete des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Besonders Wertschätzung fand ihr der Zentrumsabgeordnete Giesberts zuteil werden. Er verwies ausdrücklich auf die Metallarbeiterenquete, die ein außerordentlich wichtiges, sozialpolitisches Material beibringe. Und Herr Giesberts teilte mit, der christlich-soziale Metallarbeiter-Verband werde auch eine Hüttenarbeiterschutzeschrift herausgeben! Da sehen wir wieder die freien Gewerkschaften als Lehramtmeister der „Christlichen“! Trotzdem werden unsere Kollegen in der Agitation schon der kühnen Behauptung begegnet sein, das Verdienst, die Hüttenarbeiterverhältnisse im Reichsparlament zur Sprache gebracht zu haben, gebühre den Vertretern der „christlichen Gewerkschaften“.

Das auffallendste Merkmal der diesjährigen Reichstagsdebatten über die Lage der Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken ist, daß eigentlich kein einziger Gegner eines Hüttenarbeiterschutzes sich vornehmen ließ. Als im Frühjahr 1904 der sozialdemokratische Redner die Arbeiterverhältnisse bei der Firma Krupp besprach und hierbei auch schon die Zustände in den Feuerbetrieben skizzierte, trat ihm außer dem unvermeidlichen Unternehmenssekretär, Abgeordneten Beumer, auch noch der 1905 verlorbene Zentrumsabgeordnete Stöckel entgegen. Herr Stöckel versicherte damals, der Sozialdemokrat Hue habe die Angelegenheit aus agitatorischen Gründen vorgebracht; ihm (Stöckel) sei wohl bekannt, daß die Hüttenleute ein schweres Los hätten, aber mit dem „Mäsonieren“ sei es nicht gerant, „praktische Vorschläge“ müßten gemacht werden. Die Achtkundenschicht zum Beispiel im Puddelbetrieb einzuführen, sei kaum angängig. Also stand das Zentrum 1904 dem Hüttenarbeiterschutzes noch mit verhängenen Armen gegenüber.

Dann wurde im Februar 1906 von dem sozialdemokratischen Redner eine umfassende Schilderung der Hüttenwerkzustände gegeben, mit dem Erfolg, daß nunmehr der Zentrumsvertreter sich der sozialdemokratischen Kritik ohne Abschwächung angeschlossen. Dagegen war es neben dem Abgeordneten Beumer der „christlich-soziale“ Führer, Abgeordneter Stöcker, der den sozialdemokratischen Ankläger in das Gebiet der Märchenzähler abziehen wollte. Herr Abgeordneter Burkhardt (christlich-sozial) half Herrn Stöcker.

Bei den diesjährigen Auseinandersetzungen über das Thema haben sich die Herren „Christlich-Sozialen“ hüßlich ausgeschwiegen. Die Abhandlung: „Aus dem Reiche des Herrn Hofpredigers a. D. Stöcker“ (erschienen in der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 1 und 2 dieses Jahres) hatte der Metallarbeiter-Verbandsvorstand in seiner Denkschrift dem Reichstag ebenfalls zur Kenntnis gebracht. Ob diese Enthüllung einer „vorjünglichen christlich-sozialen Arbeitervertretung“, den Stöckerianern, die Lust zur Wiederholung ihrer Aufschuldigungen benommen hat, wer kann es wissen? Genug, die Herren schwiegen auf ihre Abfuhr.

Recht interessant war es zu hören, wie die Zentrumsabgeordneten Giesberts und Schiffer jetzt für die Feuerbetriebsarbeiter Schutzmaßnahmen (zum Beispiel Achtkundenschicht) forderten, die nach 1904 der Zentrumsredner für quasi undurchführbar erklärte. Natürlich hat sich von 1904 bis 1907 nichts wesentliches in den Hüttenarbeiterverhältnissen geändert. Demzufolge hat erst die sozialdemokratische Kritik und die Enquete des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dem Reichsparlament die schutzbedürftige Situation der Hüttenleute bekannt gemacht. Daß dies für die Reichstagsabgeordneten, die Jahrzehnte einen Kreis mit Hüttenindustrie vertrat, ohne sich um deren Arbeiterschaft zu kümmern, kein Ruhmes-titel ist, wird selbst ihr bester Freund zugeben.

Für die sozialdemokratische Fraktion nahm diesmal zur Vertretung der Hüttenwerkarbeiter das Wort der Genosse Severing, der neugewählte Abgeordnete für Bielefeld (Genosse Severing ist Beamter des Metallarbeiter-Verbandes, Zahlweise Bielefeld). In einer jirka dreiviertelstündigen Rede faßte unser Kollege das reichhaltige Material in sehr geschickter Weise zusammen, wobei er noch einging auf die Verhältnisse der Schleifereiarbeiter. Die

„Jungferntreue“ machte einen guten Eindruck auch auf die bürgerlichen Parteien. Es wird sich empfehlen, die recht instruktive Rede in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen, da sie viel Material enthält, das sonst schwer zugänglich ist.

Graf Posadowsky antwortete nur auf die Ausführungen Severings betreffend die Zustände in den Schleifereien. Der Staatssekretär teilte mit, die nautisch durch die Presse gegangene Mitteilung, in den Schleifereien hätten sich die Gesundheitsverhältnisse gebessert, ginge vom preussischen Handelsministerium aus. Severing hatte aus den neuesten Gewerbeinspektionsberichten nachgewiesen, daß keine Verbesserung der Gesundheitszustände der Schleifer eintrat, und er forderte mindestens überall die Anbringung von Staubaufsaugvorrichtungen. Graf Posadowsky meinte dazu, solche Einrichtungen seien nicht überall anzubringen, doch wolle er den Bundesregierungen empfehlen, die in einigen preussischen Regierungsbezirken, zum Beispiel Düsseldorf, ergangenen Polizeivorschriften zum Schutze der Schleifereiarbeiter allgemein in Anwendung zu bringen. Auf die Kritik der Hüttenwerkzustände ging der Staatssekretär nicht ein, wieder ein Beweis dafür, daß vor den Glanzleistungen der Kisenkapitalisten à la Thyssen, Krupp, Alchling u. s. w. die Regierung eine heilige Scheu hat.

Nicht weniger als drei Resolutionen betreffend Hüttenarbeiterschutzes waren zum diesjährigen Etat gestellt. Das sozialdemokratische Vorgehen hat auch hier wieder aneifernd gewirkt. Die polnische Fraktion beantragte:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, luntlichst bald eine Untersuchung veranstalten zu lassen über die Arbeiterverhältnisse der Eis-, Blei- und Zinkhütten sowie der Hochofen-, Walzwerke und ähnlicher Betriebe, namentlich

- a) über den Einfluß der Arbeit in diesen Betrieben auf Leben und Gesundheit der dafelbst beschäftigten Arbeiter (Gefährdung der Gesundheit durch Feuer und giftige Gase),
  - b) über die hygienische Beschaffenheit dieser Betriebe, namentlich der Badeanstalten, Wascheinrichtungen, Umklei- und Speiserräume und dergleichen,
  - c) über die Dauer der Arbeitszeit, die Zahl der verfahrenen Schichten, Zahl der Arbeitsschichten in diesen Betrieben,
  - d) über das Pensionswesen in diesen Betrieben;
- ferner die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund dieser Untersuchungen möglichst bald, gestützt auf den § 120 e der Reichsgewerbeordnung, für diese Betriebe zu verordnen, daß
- a) die tägliche Arbeitszeit in denselben je nach den Verhältnissen auf 6 bis höchstens 8 Stunden reduziert,
  - b) die über- und Sonntagsarbeit nach Möglichkeit eingeschränkt,
  - c) die zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften streng innegehalten,
  - d) die Arbeitsräume den Anforderungen der Hygiene gemäß eingerichtet, genügend Licht-, Umklei- und Speiserräume für die Arbeiter beschafft werden,

und den Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen für die Arbeiter obenerwähnter Betriebe nach dem Muster der Bergknappschäftskassen Versicherungsgesellschaften begründet werden, die ihren Mitgliedern beziehungsweise ihren Angehörigen gegen die durch Krankheit, Invalidität, Alter und Tod bedingten Störungen der Erwerbsfähigkeit Schutz gewähren.

Solche Untersuchungen zu veranstalten, hat die sozialdemokratische Fraktion schon 1906 beantragt; der Reichstag nahm den Antrag an, die Regierung gab ihm aber keine Folge.

Genos präzisiert fordert das Zentrum Untersuchungen durch den „Beirat für Arbeiterstatistik“; die Zentrumsresolution lautet:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

- I. durch den Beirat für Arbeiterstatistik Untersuchungen veranstalten zu lassen über die Arbeiterverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken und den dazugehörigen Nebenanlagen, besonders
  - 1. über die Einrichtung der Arbeit in diesen Anlagen, namentlich der Feuerarbeit, auf Gesundheit und Leben der Arbeiter (Krankheits- und Unfallgefahr);
  - 2. über die hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume, der bestehenden Licht- und Wassereinrichtungen, Speiserräume u. s. w.;
  - 3. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, Zahl der (monatlich, jährlich) verfahrenen Arbeitsschichten, Umfang der Überarbeit, Zahl der daran beteiligten Arbeiter und der auf den einzelnen entfallenden überörtlichen resp. überörtlichen Arbeitsschichten;
  - 4. über die Möglichkeit der Einführung der achtkundigen Arbeitsschicht für schwere Feuerarbeiten;
  - 5. über die Durchführung der Bestimmungen betreffs Sonntagsruhe, mit dem Ziele der möglichen Einschränkung der Sonntagsarbeit;
- II. auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchungen entsprechende Verordnungen zum Schutze der Walz- und Hüttenwerkarbeiter (§ 120 e der Gewerbeordnung) zu erlassen.

Dagegen beschloß die sozialdemokratische Fraktion, nachdem die Regierung solche Lust auf Untersuchung der Hüttenwerkzustände bewiesen und durch die Enquete des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ein möglichst beschleunigtes Eingreifen zum Schutze der Hüttenleute als dringlich nachgewiesen ist, folgenden Antrag zu stellen: Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund des § 120 e der Reichsgewerbeordnung zum

Schutze der in Walz-, Hüttenwerken und Metallschleifereien beschäftigten Arbeiter Verordnungen zu erlassen, die bestimmen

- 1. die Festsetzung der Dauer der Arbeitszeit sowie die Einführung der achtkundigen Arbeitsschicht für die in den Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter;
- 2. Einschränkung der Überarbeit;
- 3. strenge Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften,
- 4. sanitäre Einrichtungen der Arbeitsräume, Anwendung von Staubsauganlagen in den Metallschleifereien, Einrichtung und gute Instandhaltung von Licht- und Wassereinrichtungen, Umklei- und Speiserräumen und Bereitstellung von Reinigungsmittein.

Die von den Sozialdemokraten verlangten Bundesratsverordnungen sollen den Übergang zu einem Hüttenarbeiterschutzesgesetz bilden.

Alle drei Anträge fanden eine Mehrheit, sind demnach angenommen! Festgehalten zu werden verdient, daß gegen den Abt. I der sozialdemokratischen Resolution, der für die Feuerarbeiter die Achtkundenschicht verlangt, die Konservativen, fast alle Nationalliberalen, ein Teil der Antisemiten und einige Zentrumsleute stimmten! Die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen stimmten überhaupt gegen alle drei Anträge! Sie wollen nicht einmal Untersuchungen über die Zustände in den Hüttenwerken zulassen. Das ist die „besonnenere Sozialpolitik“, von der man den Arbeitern bei der Wahl natürlich nichts erzählt hat.

Nunmehr ist abzuwarten, ob sich die Regierung auch gegen diese Anträge ablehnend verhält. Sie wird den rollenden Stein aber nicht dauernd aufhalten können.

### Nus Amerika.

#### Wohnungsmiete und Lebensmittelpreise der Arbeiter in New York.

Von Chagrin.

I.

In Nr. 2 dieser Zeitung wurde schon kurz gesagt, daß in New York die notwendigen Lebensmittel im allgemeinen nicht teurer seien als in Mitteleuropa, daß aber für die Wohnungen Phantasiereise gefordert würden. Um sich einen festeren Begriff von dem Reallohn der amerikanischen oder besser der New Yorker Arbeiter machen zu können, ist es notwendig, den beiden, weitaus wichtigsten Posten des Arbeiterbudgets einen breiteren Raum zu widmen. Nachdem Wohnungsmieten und Lebensmittelpreise geschildert sind, gedenken wir das Jahresbudget eines New Yorker Metallarbeiters in groben Umrissen zu skizzieren. Bei diesen Schilderungen der Wohnungsverhältnisse und dem Lebensunterhalt ist vornehmlich die Lage unserer Branche ins Auge genommen. Dies schließt natürlich die Übertragung auf andere Branchen nicht aus, deren Lohnraten und Lebensgewohnheiten sich auf demselben Niveau bewegen. Überhaupt sprechen wir im allgemeinen und im besonderen nur von den Verhältnissen, unter denen die große Masse des Volkes lebt, also von denen, die die gesamte heutige Gesellschaft mit ihrem Trum und Bran, vom erstksten Kapitalisten via Landwirtschaftsminister bis hinunter zu den Trägern der brennlichsten Würden, erhalten: von den Arbeitern. Die Lebensweise der „high people“, der oberen Vierhundert — wie man in New York sagt — ist für uns höchst uninteressant. Diese neßt ihren Hund, Pferd, Lakaien, Mätressen und sonstigen Internas zu beschreiben, ist Sache der bürgerlichen Schmöß.

Das New Yorker Verhältnis zwischen Lohn und Lebensmittelpreisen kann für einen guten Teil der anderen amerikanischen Staaten angenommen werden. Beide als Ganzes schwanken allerdings von Gegend zu Gegend, aber ihr Verhältnis zueinander bleibt sich vielfach gleich. Übrigens ist diese Bejaupung zum Teil schon bestätigt worden durch den Bericht in Nr. 10 über die Verhältnisse an der pazifischen Küste in San Francisco.

Relativ am härtesten wird hier das Arbeiterbudget durch die Wohnungsmieten belastet. Die Ursachen der phantastisch hohen Wohnungsmieten sind gar mannigfaltig. Als eine der ersten sei die riesige Bodenspekulation genannt. Hier, wo man der Schwierigkeit, 4 1/2 Millionen Menschen auf engstem Raume zu plazieren, recht und schlecht zu begegnen sucht, ist jeder Quadratfuß Boden schweres Gold wert. Wer einige Fesseln Land, besonders auf der Insel Manhattan, auf der die eigentliche Stadt New York liegt, besitzt, ist ein kleinerer Mann und wendet seine Talente im Bodensucher an. Die Zeiten, wo Hudson den Indianern die Manhattaninsel für einige Tausend Dollars abkaufte, sind natürlich für immer vorbei. Wie da der Grund und Boden ausgenutzt wird, zeigen die in manchen Straßen dreifach übereinanderlaufenden (Stief-, Straßen- und Hoch-)Bahnen und die Wolkenkratzer, deren jüngster Kollege mit

\* Von den 452000 Einwohnern New Yorks wohnen auf der Insel Manhattan mit einem Flächenraum von 21,93 Quadratkilometern = 85,8 Quadratkilometer 217000 Menschen. Das sind rund 38000 auf einen Quadratkilometer.

World Almanac 1907.

zeigt die Eisengießerei der General Electric Co. in Schenectady. Dort hat die Preßluft den Sieg über den elektrischen Antrieb davongetragen, weil die Arbeiter in der 13000 Quadratmeter großen Gießerei an gefährlichen Stellen und nur sehr intermittierend eingesetzt werden. Die notwendige Preßluft wird in der Menge von 48 Kubikmeter in der Minute durch einen 225pferdigen Kompressor erzeugt. Durch die Preßluft werden betrieben: 63 Zernmaschinen, Wagen für acht Rennschleifen, die Preßluftzylinder der Auslegerkranne, die Bläser für fünf Kurolöfen, die Ventilatoren für den Raum selbst, die Puzwerkzeuge und die Sandblaseeinrichtungen.

Auch sonst werden die Konstrukteure der alten Kraftmaschinen durch den Wettbewerb des Elektromotors veranlaßt, Verbesserungen, besonders mit Rücksicht auf den Kraftverbrauch, zu erfinden. Ein wichtiges Schulbeispiel dafür sind die Hauptkraftfördermaschinen. Während die Dampfmaschinen alter Konstruktion ungeheure Dampfverbrauchsziffern aufwiesen, hat man mit einer neuen Zwillingen-Tandemfördermaschine einen Dampfverbrauch von nur jirka 11 Kilogramm für eine Schachtförderstunde erzielt. Demgegenüber verbraucht eine elektrische Fördermaschine 14 Kilogramm. Dieser geringe Dampfverbrauch wurde vor allem durch die Bauart Anordnung der Ventile auf und unter den Zylinder, durch die Knaggensteuerung sowie durch die Vermeidung schädlicher Räume erzielt. Ferner werden die Maschinen mit überhitztem Dampf von einer Spannung, die höher ist als die gewöhnlich verwendete, betrieben. Während hier sich die Kolbendampfmaschine, man kann sagen ehrenvoll, behauptet, verliert sie sonst immer mehr an Bedeutung, wenn es sich um große Leistungen für Erzeugung elektrischer Energie und sonstige Zwecke handelt. Da überwiegt schon heute die Dampfturbine.

Sogar im Schiffbau scheint die Turbine Sieger bleiben zu wollen. So sind zum Beispiel zwei neue Riesendampfer der Cunardlinie mit Turbinen ausgerüstet. Jedes der beiden Schiffe, die die ganze ansehnliche Länge von 28 Meter haben, hat Turbinen von einer maximalen Leistung von 68000 Pferdekraften. Jedes Schiff faßt 5070 Passagiere einschließlich der Besatzung. Zum Antrieb der Schiffschrauben dienen zwei Hochdruckturbinen für die beiden äußeren Schrauben und zwei Niederdruckturbinen sowie zwei an der gleichen Stelle montierte Rückwärtssturbinen für Rückwärtsfahrt. Jede Schraube macht 190 bis 200 Umdrehungen in der Minute. Die Kesselanlage besteht aus 25 Kesseln mit einer gesamten Heizfläche von 14800 m<sup>2</sup> bei 372 m<sup>2</sup> Heizfläche und 125 Kubikmeter Kesselraum. Jedes Schiff hat vier Kamine von 46 Meter Höhe.

Bei stationären Anlagen werden jetzt häufig Abdampfturbinen verwendet, die von dem Abdampf einer Kolbendampfmaschine gespeist werden, so daß aus dem früher höchsten zu Verlusten verurteilten Abdampf noch Energie zur Kraftzeugung gewonnen wird. So stehen zum Beispiel auf Schacht I/II der Zeche Zollverein 16000 Kilogramm-Stunde Abdampf zur Verfügung, die von mehreren Kolbendampfmaschinen erzeugt werden. Die Abdampfanlage speist eine Parsonsdampfmaschine, die eine 1000 Kilowatt-Dynamomachine antreibt.

Man hat auch auf anderer Grundlage versucht, den Abdampf der Dampfmaschine für Kraftzwecke nutzbar zu machen, und zwar in den sogenannten Abwärme-Kraftmaschinen. Durch die im Abdampf enthaltene Wärme wird eine Verbindung des Schwefels mit Sauerstoff, die „Schweflige Säure“, verdampft, bei der zur Erzeugung eines großen Trudels verhältnismäßig geringe Temperaturen erforderlich sind. Diesen schwefeligen Sauerdampf läßt man in dem Zylinder einer genau wie eine Dampfmaschine gebauten Maschine expandieren (sich ausdehnen), wodurch ein Kolben u. s. w., wie bei einer normalen Dampfmaschine, betätigt wird. In einer Zentralstation der Berliner Elektrizitätswerke ist zum Beispiel eine solche 175pferdige Abwärme-Kraftmaschine aufgestellt. In den ersten Jahren reiste man große Hoffnungen auf die Entwicklung der Maschine. Doch scheinen diese sich nicht verwirklicht zu haben.

Die größte Dampfkesselanlage der Welt wird augenblicklich in London aufgeführt, und zwar für die elektrische Zentrale der Londoner Untergrundbahn. Sie besteht aus nicht weniger als 80 Babcock & Wilcox Patent-Walzenrohrkesseln von je 455 Quadratmetern Heizfläche, angeordnet mit 80 Überhitzern und 160 mechanischen Kettenschieferungen. Diese mechanische Feuerung bewirkt eine ununterbrochene, gleichmäßig verteilte Zuführung durch den als endlose Spirale ausgebildeten Kessel. Die Kohlenfläche sowie die Geschwindigkeit der Kohlenbewegung können durch einfache Vorrichtungen sowohl durch Motoren als auch durch Hand betätigt werden.

Eine andere mechanische Vorrichtung ist die nach dem System Düsseldorf. Bei dieser Vorrichtung wird ein Schieber, der unter einem Jullrichter angeordnet ist, durch einen Elektromotor oder eine kleine Dampfmaschine in eine hin und hergehende Bewegung versetzt. Er schiebt so die Kohle aus dem Jullrichter selbsttätig in gewissen Zeitabständen in den Feuerraum. Die Größe der Verchiebung des Schiebers wird der Korngröße der zur Verbrennung gelangenden Kohle entsprechend eingestellt. Die Jullrichter können in verschiedener Weise mit Kohle gefüllt wer-

den, zum Beispiel durch Elevatoren oder durch Röhren aus höhergelegenen Kohlenbunkern. Für einen Kessel von 250 Quadratmetern Heizfläche und einer Heizungsanlage mit zwei Labetraktoren beträgt die für die Verchiebung des Schiebers erforderliche Kraft jirka eine halbe Pferdestärke.

Die Vermeidung und Sicherung der Kraftmaschinen wird auch in anderer Beziehung immer mehr automatisch gemacht. Bei Wassermotoren muß bekanntlich der Arbeitszyklus konstant gehalten werden. Bleibt die Kühlung aus, so können gefährliche Zwischenfälle entstehen. Adams hat sich nun in den Vereinigten Staaten eine Warmvorrichtung patentieren lassen, die automatisch das Ausbleiben des Kühlwassers anzeigt. Das Kühlwasser fließt durch ein dünnwandiges Gefäß, dessen Verschleißplatte einen Kontakt in einem elektrischen Stromkreis herstellt. Fließt das Wasser nicht durch das Gefäß, so wird der Stromkreis unterbrochen und ein Alarmglocke ertönt. Die Einrichtung wird noch so getroffen, daß gleichzeitig die Zündung des Motors abgestellt wird und die Maschine daher zum Stillstand kommt.

Eine in Deutschland patentierte Verbesserung beim Bändapparat an Gasmotoren von Reichensbach stellt gleichfalls eine Art Sicherheitsapparat vor. Reichensbach läßt den Magnetinduktor, der zur Zündung dient, durch eine kleine Turbine antreiben, die vom Kühlwasser gespeist wird. Gewöhnlich geschieht dies von der Welle des Motors selbst. Demgegenüber hat der Turbinenantrieb einen doppelten Vorteil. Vor allem bleibt die Umdrehungszahl des Induktors unabhängig von der Umdrehungszahl des Motors. Dieser Umstand ist besonders beim Anlassen des Motors von Bedeutung. Der zweite Vorteil ist der, daß beim Ausbleiben des Kühlwassers auch die Zündung unterbleibt, die Maschine sich also selbsttätig abstellt.

Von der deutschen Fabrik Oriesheim-Electron wird ein Verfahren für autogene Schweißung mit Wasserstoff und Sauerstoff vorgeschlagen, das verschiedene Vorzüge haben soll. Der Apparat besteht aus einer Wasserstoff- und Sauerstoffflasche sowie dem Schweißbrenner. Es können mit ihm Eisen- und Stahlbleche von 0,8 bis 10 Zentimeter Stärke geschweißt werden. Die zum Schweißen benötigte Wasserstoff-Sauerstoffmischung hat eine Temperatur von 1900 Grad Celsius. Das Metall kommt hierbei direkt zum Schmelzen. Die Schweißnaht fließt ohne Pressen, Hämmern oder ein besonderes Flußmittel zusammen. Die Schweißstübe brauchen, da die Flamme reduzierend wirkt, nicht blank zu sein.

Freder Nähnheit acht Stock nach unten und 42 (zweiundvierzig) Stockwerke nach oben emporkragend wird. Die Wolkenträger dienen nur für Geschäftsbüros zc. (Der Bau der Wolkenträger bietet für unsere Kameraden von der Eisenkonstruktion viel Interessantes.)

Neben den teuren Bodenpreisen werden die Mieten auch noch erhöht durch die krankhafte Eucht der Leute, Housekeeper zu werden, natürlich, um dadurch Geld zu verdienen. Es kaufen oder mieten kaum einige ein Haus, um es zu behalten. Fast jeder ist bereit, seine Bude sofort wieder loszuschlagen, wenn er dabei machen kann splendid money. Die abgelegten (ausgemieteten) Arbeiter, die in 15, 20 Jahren ihre Kraft dem Moloch der Ausbeuter opfern mußten, suchen im Haus- und Zimmervermieten ihr Heil. Das Plus, das sie bezahlt, suchen sie wieder durch Steigerung der Mieten herauszuschlagen. Der Hausbesitzer oder Vermieter preßt sich mit seiner Familie in die schlechtesten Zimmer, scheuert und pußt das Haus innen und besonders außen echt amerikanisch auf und — hofft auf einen neuen Käufer. Schließlich findet er auch einen, der wieder mehr zahlt. Und dieser beginnt dieselbe Manipulation, wie sein Vorgänger. Manche finden nach jahrelanger Arbeit im „Figen“ und Kleinen der Zimmer ein kleines Vermögen, manche werden vom Landlord (Hausagrarier) prompt auf die Straße gesetzt und verlieren die paar Dollars Anzahlung, ohne daß durch solche Vorvorkommnisse der Haus- und Mietpreis eine Verminderung erfährt. Dies gilt vornehmlich für die Häuser, die für Arbeiter in Betracht kommen.

Für den Arbeiter kommen die Zementhäuser (Mietstufen) und die Privathäuser in Betracht. Die ersteren mehr für ganze Wohnungen, die anderen mehr für möblierte Zimmer. Unter den Zementhäusern darf man sich nun allerdings keine Mietstufen in Berliner oder Wiener Stile vorstellen. Denn hier bergen sie in ihren vier bis sechs Stockwerken kaum mehr als 15 Familien. Auf jeden Fall sind sie durchweg lustiger und komfortabler, als die Arbeiterhäuser in Europa. Auch sind nach einmündigen Berichten die Wohnungsverhältnisse in den anderen Städten und Gegenden der Vereinigten Staaten weit besser als in New York.

Als Typus wiegt das Privathaus vor. Sie sind alle über einen Stamm gezogen, haben gleiches Aussehen, gleiche Dimensionen: ungefähr 15 Meter tief und 5 Meter breit. Sehr massiv sind sie nun gerade nicht gebaut. Rogeleinschlagen bringt das Mißt eines Wand-einsturzes mit sich. Treppen und Gänge sind eher weniger denn mehr als 70 Zentimeter breit. Die Privathäuser haben, eplurive Erdgeschosse, drei Stockwerke. Das Erdgeschosse benützt in der Regel der Housekeeper mit seiner Familie. Die übrigen zehn bis zwölf Zimmer der drei Etagen stehen den einjam und zweifam „möblierten Herren und Damen“ zur Vermietung bereit. Sie zerfallen in Parlors und Hallzimmer. Die ersteren, mit zwei Fenstern, haben durchschnittlich 24 Quadratmeter Flächenraum, die anderen, mit einem Fenster, 10 Quadratmeter. Die Ausstattung schwankt zwischen streng proletarisch und behäbig kleinbürgerlich. Die Möblierung der Parlors setzt man zusammen aus Tisch, einigem Stuhl, mehreren Polstern oder Holzstühlen, Kommode, Wasschüssel, (in der Wand eingebauten) Kleiderkasten, Sofa, Spiegel, Ofen und diversen Bildern von weiß Neu-Muppiner Silberbogenart. Der Mieter eines Hallzimmers nimmt gewöhnlich nur ein Bett, einen Stuhl, einen Tisch und Wasschüssel, letzteren in Zigarettenform, sein eigen. Die Räume sind durchweg mit Teppichen belegt, die Staub und Krankheitserreger ausgezeichnet konservieren. Auch sind in diesen Häusern ziemlich überall Badewannen mit kaltem und warmem Wasser zur beliebigen menschengelichen Benutzung vorhanden. Das Wasser wird in der Küche des Housekeepers durch dessen Ofen in praktischer Weise erwärmt. Die Warmwasserleitung, die durch alle Stockwerke geht, oft auch nur bis zum ersten Stock, ist eine sehr praktische Einrichtung, und ihre Einführung in der hiesigen Allgemeinheit ist die Arbeiterhäuser Europas wäre eine erprobenswerte Sache. Übrigens ist diese Einrichtung bis jetzt so ziemlich die einzige Sache, die wir hier gefunden, die gegen Europa ein Vorzug genannt werden kann und deren allgemeine Installation drüben sehr zu wünschen wäre.

Die Preise für einen möblierten Parlor (mit Was und Bad, teilweise auch mit Heizung) schwanken zwischen 3 bis 4 Dollars = 12,50 bis 16,80 Mk. wöchentlich, die des Hallzimmers zwischen 1 1/2 bis 2 1/2 Dollars = 6,20 bis 10,50 Mk.

Oft ziehen zwei oder noch mehr Arbeiter zusammen in einen Raum und zahlen gemeinsam den Zins, der in diesem Falle etwas, wenn auch nicht viel höher ist als für einen Mann. Aber aus der unteren Mittels New York, dort, wo die Konfektionsarbeiter ihr Quartier aufgeschlagen haben, wo der Orient mit allen seinen Künsten verfahren und hamulisch die Sprache der Welt überwiegt, sind fünf, zehn, fünfzehn Menschen in einen einzigen Raum gezogen. Je nach Parlor, die nur 6 bis 10 Dollars wöchentlich verdienen, ist es verlag, in menschenwürdigen Wohnungen zu hausen. Natürlich ist das Vermieten solcher Heringsstücken für den Vermieter noch ein sehr einträgliches Geschäft. Bei der „Zimmerkuche“ auf der unteren Ebene fanden wir in dunklen, von Gestank und Rauch erfüllten Höhlen Glanz von zwei Generationen mit nicht wenig Kindern in Dreieck und Sped, die in einem Raum schliefen, lebten, kochten und arbeiteten und jeder noch ein anderes Koch als „Hellroom“ verdienen wollten. Jenes Viertel, das vor noch nicht langer Zeit „Stein-Deutschland“ genannt wurde, ist heute „Groß-Jerusalem“ geworden. Die kulturelle Fortschrittsentwicklung, besonders die deutschen Arbeiter, können es dort nicht mehr aushalten; sie werden mehr und mehr nach der oberen Ebene oder in die Vororte gedrängt. In den Häusern und auf den Straßen „Groß-Jerusalem“ scheint man weder Seiten noch Seite zu kennen. Die Straßen gleichen Tag und Nacht einem Trödelmarkt in höchster Potenz mit all seinen Schwärzen und Geruch.

Verheiratete Arbeiter, jedoch die Familie nur zwei oder nicht viel mehr als zwei Köpfe zählt, hausen auch in einem Raum. Sind noch keine Kinder vorhanden, dann gehen gewöhnlich Mann und Frau nach Verdienst aus, und sie ziehen sich nur abends. Jedes ist in einem der Arbeitsplätze nahegelegenen „Lunchroom“ oder in irgendeiner ihrer Vornehm (Vestibul) in der Werkstatt. Hat der Arbeiter eine Familie mit erwachsenen Kindern, dann schlägt er in einem unmobilierten, wehrwasserigen Platz sein Heim auf. Für diese Wohnungen die Preise ja sehr, als daß man auf engen Räume richtige Räume geben könnte. Tage, Feiertagsausflügen zc. spielen hier eine viel größere Rolle, als bei den möblierten Zimmern. Ohne allzu großes Regard kann man sagen, daß das möblierte Zimmer einer größeren Wohnung (unter Voraussetzung gleicher Verhältnisse) pro Monat entspricht so viel kostet, als ein möbliertes Zimmer die Woche.

Die hiesigen Verhältnisse tragen alle das Gepräge des L. März 4, 12. Unfals und schließlich sollst du sein auf Erden. So wie der Arbeiter in der Werkstatt unterirdisch sein Minde vor der Beschäftigung genießt, so kann auch der Zimmermieter nicht sagen, ob er aus jenen Feiern des Wochenendes noch einmal geht. Dies gilt für den Arbeiter eines möblierten Zimmers in einer Zone und dann auch für den, der ein Appartement hat. Jendet der Housekeeper plötzlich einen neuen Zimmerer, der ihn besser gefällt oder befriedigt, der einige Stuhl mehr zu bezahlen bereit ist, dann heißt er die hochbegleiteten seine alten „möblierten Herren“ oder „Kocher“ mit der Tür. Kommt der letztere ebenfalls, so erhält er zum Worte sein etwa noch zurückgebliebenes Geld zurück und er geht. Er ist nicht mehr da, er ist nicht mehr da, er ist nicht mehr da.

Die Miete wird pünktlich eine Woche im voraus bezahlt. Gar mancher, der in diesem Punkte von anderswo etwas „Gemütslichkeit“ mitbrachte, hat diese für Amerika überflüssige Gewohnheit bald abgelegt. Der Anblick seines vor der Türe liegenden Berliners löste bei ihm zwar schmerzliche Flüche aus, nicht aber das Zimmer ein.

Häuser, in denen Kost und Logis gegeben wird, gibt es hier auch genügend. Die Preise in diesen, Boardinghouses genannt, schwanken sehr. Erstens kommt es darauf an, mit wieviel Mann der Mieter sein Zimmer oder Bett teilen will, und zum anderen, inwieweit er seine kulinarischen Bedürfnisse befriedigen möchte. Kameraden vom Schraubstock zahlen für ein kleines (Hall-)Zimmer mit Kaffee, Lunch (Butterbrot für Mittagessen) und Abendmahlzeit im Boardinghouse 4 bis 5 Dollars = 16,80 bis 21 Mk. die Woche.

Dann ist noch ein System im Schwunge, dem Mieter auf gewöhnliche Extraperact seine Groschen aus der Tasche zu holen. Will der Hausbesitzer kündigen oder die Miete erhöhen, so gilt es in allen Gesellschaftskreisen und zu allen Zeiten für anständig, dies genügende Zeit vorher zu sagen. Nicht so hier. Einige Tage vorher — die Vorschrift lautet fünf Tage bei monatlich gemieteten Wohnungen — und die Steigerung kann an jedem Monatsersten erfolgen — erhält der Mieter einfach die Kündigung oder die Aufforderung, mehr zu zahlen. Nun kam der Mieter in wenigen Tagen oder Stunden nicht gleich eine passende Wohnung finden. So zahlt er lieber und fügt sich, um bleiben zu können. Selbst auch die vorgeschriebene fünfjährige Frist wird oft nicht eingehalten, wie die Klagen der Kollegen und die Briefkastennotizen der Zeitungen beweisen. Eventuell könnte der Mieter auch die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen. Aber das bedeutet Verlust von Arbeitszeit, Scherereien, und über den Erfolg macht er sich keine optimistischen Hoffnungen. Fügt er sich nicht den Forderungen des Vermieters oder zieht nicht aus, dann wird er ohne Federlesen auf die Straße gesetzt. Kam könnte zwar der Mieter auch Gleiches mit Gleichem vergelten und die Bude ohne Worte verlassen. Aber die Ungezogenheiten und sonstige Unannehmlichkeiten zwingen ihn, Böses mit Gutem zu vergelten.

Diesen Umständen und noch anderen Rechnung tragend, beschränkt der hiesige Arbeiter die Ausstattung seines Heimes. Nur das Allernotwendigste wird angeschafft. Dies gilt für die Möblierung und auch für die Kleidung. Der Möbelbestand der eingeschorenen Arbeiter läßt oft schwer noch eine Verminderung zu. Die hiesigen Proletarierheime leiden an einer kalten, glatten Magerkeit. In solchen Behausungen wird die Ruhe zum Studium kaum gefördert. Der Mangel an Behaglichkeit der Proletarierheime wird an der (Wirtshaus-)Bar oder auf den Straßen oder am Corner zu ersehen gesucht. In allgemeinen und im besonderen beizumert der hiesige Proletarier sein irdisches Dasein mit wenig Gepäd. Bei unseren Bekannten in der Fabrik und Nachbarschaft haben wir kaum mehr als zwei Anzüge gesehen: einen für die Arbeit und einen für den Sonntag. Aber gar manche haben auch mit einem Kleide ihre Bedürfnisse befriedigt. Was hier vom Anzug, gilt auch von Wäsche, Schuhen zc. Die Kleidungsstücke werden so lange getragen, als sie die körperlichen „Vorzüge“ noch einigermaßen verdecken, dann aber dem Feuerob überantwortet. Der Reparatur der Kleidungsstücke kann der amerikanische Arbeiter keinen großen Gewinn abgewinnen und seine Frau noch viel weniger.

Bei den eingeschorenen Arbeitern haben wir keine Bücher, Zeitungen oder Wandbühnen gefunden, die mit der modernen Arbeiterbewegung in Zusammenhang stehen, obgleich wir dieser Sache unsere größte Aufmerksamkeit zuwenden. Dafür aber war die gelbe Presse oft zu finden. Die Letztere der „besseren“ Arbeiter — die schlechtesten leiten überhaupt nicht — bildet das Hearstische Journal, eines Revolverblattes in des Wortes verwegener Bedeutung. Dieses Blatt bringt in der Hauptsache schamlose Sensationsgeschichten, dann Berichte über Kriminalfälle in allen Schattierungen. Besonders vor einiger Zeit, als eine Eiterbeule der heutigen Gesellschaft im Gerichtssaal leuchtete wurde — ein degenerierter Millionär hatte einen Arbeiter vergangenheit beschuldigt hatte —, verhielten sich die Arbeiter heilungstunig den Inhalt des Journals. Das die Arbeiter bei diesem Kosmos interessiert, war nicht etwa die Frage, ob der Mörder, obgleich Millionär, seine gerechte Strafe erhielt. Nein, heilste nicht! Was das Gros der Arbeiter interessiert, war der unendliche Hintergrund: die Frau des Mörders, ein ehemaliges Modelldell, mit ihren schmerzlichen Vergangenheit, dann deren Freundin, eine Sängerin, und die englische Gräfin, die jeden Tag im Gerichtssaal als „clout“ des Ganzen erdichtete. Kurz, der Arbeiter sieht dabei nur den Schmutz, die Sensation. Die Bilder und Karikaturen dieser Damen der Halb- und Viertelwelt, die die hiesigen Zeitungen täglich mehrere Male in diversen Ausführungen brachten, dienen ihm als Unterlage für kritische Betrachtungen über Frauenzustände. Dieser Prozes hat bei den Arbeitern sogar eines ihrer Lieblingswörter, den Sport und das Vergnügen, verdrängt. Das Vergnügen? Wie oft wurde uns in der Werkstatt ein Kollege als „guter Sport“ in zurückhaltendem oder lebendem State vorgelegt oder beschreiben. Wenn gar so ein „Sportmann“ von der Werkstattslage einige Worte aus dem Vokabular eines vornehmlichen Vergnügens in seinen, nach, so über ihn hinaus gesprochen hat, dann er sich wie — ein Pferd. Leider gilt das Sprüchlein vom Verhältnis der Arbeiter zur Letztene der gelben Presse nicht nur von dem indifferenter Arbeiter. Handeln sich vor kurzem doch selbst in einer hiesigen Arbeiter-Delegation, also Vertreter der organisierten Arbeiter, die das Journal und die Politik des über-Demagoges Hearst mit einem bitter verurteilten, der wahrhaftig für eine bessere Sache verwendet würde. Zwischen läßt das Gros der Arbeiter keine eigenen Klubsgruppen gehen in den Händen der Internationalen „Justice“ und Polizei vornehmlich, ohne sich anzusehen. Dies sind ja auch nur arme Teufel, die keine Millionen, ja nicht einmal Regierungen zur Handlung haben.

**Zur Generalversammlung.**

Es ist jetzt schon ziemlich viel über die Beitragserhöhung geschrieben worden, darunter aber nur wenig, worüber man sich so recht genau liest, und ich habe es schon als ein wahres Glück, wenn irgend als Hoffnung entstanden, daß die Entscheidung über die wichtige Frage der Beitragserhöhung der Generalversammlung vorbehalten ist. Grundsätzlich an den hiesigen Verhältnissen ist die Frage, ob es ohne Ausnahme gelöst werden, daß für praktische Mitarbeiter nur ein bestimmtes Verhältnis der Lohnverhältnisse maßgebend sein soll. Selbstverständlich ist es, wenn man diesen Seiten die Aufmerksamkeit zuwenden möchte, es sei dem schlechten Entschlossen unserer Kollegen Rechnung getragen, wenn man ihnen den wöchentlichen Beitrag zur Organisation um 10 bis 20 Pf. empfiehlt, und, was geradezu eine Gefahr für die hiesigen Kollegen bildet, daß noch jeder, demnächst nach der Sache der Unternehmungen beizutreten. Wenn das Entschlossen eines Mannes bei voller Ausnutzung seiner Arbeitskraft als zu gering empfunden wird, um davon leben zu können, so unverantwortlich. Wenn es da einer fünften, achtzehnhundertsten Organisation möglich, diese Leute noch doppelt schwer zu treffen durch die Erhöhung ihrer Rechte an den Unternehmungen. Der Gedanke ist einfach und sagt ja der Organisation an, die schon selbst mit Bezug auf die hiesigen Verhältnisse gefallen ist, nämlich: Es treten nur Kapitalisten! Die Interessen der hiesigen Kollegen können nicht durch Erhöhung der Beiträge

wirksam vertreten werden, selbst wenn man davon Abstand nehmen wollte, die Unterstützungslage zu kürzen. Da gibt's nur eine Hilfe: die Lohnerhöhung. Und wenn, besonders mit Bezug auf die Hilfsarbeiter, gesagt wird, daß sie erst möglich, wenn alle der Organisation angehören, und dazu noch verlangt „unserer Organisation“, so hat die Sache doch noch einen Haken. Bei der anerkannt unzulänglichen Bezahlung, sagt ein Teil der Leute, könnten sie keinen Beitrag bei irgend welcher Organisation leisten, sie seien für nichts zu gewinnen, weder bei hohen noch bei niedrigen Beiträgen. Ein anderer Teil ist organisiert bei den verschiedenen Verbänden: den Fabrikarbeitern, Handels- und Transportarbeitern, Bauhilfsarbeitern u. s. w. Diese Leute sind überhaupt nicht zum Übertritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verein zu bewegen. Und das ist erklärlich. Bei der geringen Bezahlung ist ihre Tätigkeit in Maschinenfabriken meist nur eine vorübergehende. Bei günstiger Gelegenheit kehren sie entweder zu ihrem ursprünglich „erlernten“ Beruf zurück oder sie sind heute Hilfsarbeiter in der Metallindustrie, morgen Hafenarbeiter, übermorgen Bauhilfsarbeiter, Packer, Ausläufer u. s. w. Ein dritter Teil nun ist tatsächlich beim Deutschen Metallarbeiter-Verein, aber nichtbesseren mit seiner Lage nicht zufrieden. All diesen Umständen kann nur begegnet werden, wenn von unserer Organisation energische Schritte unternommen werden, das Los der Hilfsarbeiter zu bessern. Es kann nach dem Angeführten nicht mehr gesagt werden: ja, das wollen wir machen, wenn alle in „unserem Verband“ sind. Sehen die Hilfsarbeiter, daß etwas für sie geschieht, dann werden sie organisationsfähig, die Situation geht zurück, Übertritte in unseren Verband als vollständig anerkannte Organisation vollziehen sich zahlreich und die Beiträge (ohne Grundabgabe) werden ohne Murren bezahlt. Es ist in dieser Beziehung, das heißt des Eintretens für die Hilfsarbeiter hier in Mannheim gerade in letzter Zeit etwas geschehen. Anfang vorigen Monats traten die Kollegen im Lokomotivbau bei Lanz in eine Bewegung und bei ihrem Abschluß konnte berichtet werden, daß für die Hilfsarbeiter ein paar Pfennige Lohnerhöhung mit erreicht wurden. Bei den Unterhandlungen mit den Streikbewertern um Abschluß eines Tarifvertrags war die Forderung gestellt, Tagelöhner nicht unter 40 Pf. die Stunde einzustellen. Ich nehme an, daß nur mit Mühe auf die Situation im 9. Bezirk diese Forderung fallen gelassen wurde, hoffe aber, daß später weitere Schritte in der Richtung getan werden, das Los der Hilfsarbeiter zu verbessern, unserer Organisation wird es keinen Schaden bringen. Außerdem möchte ich aber nochmals mit dem Hinweis auf das Solidaritätsgefühl vor der Einführung von Staffelbeiträgen warnen. Zahlreiche Kollegen in Mannheim sind mit mir der Meinung, daß verschiedene Beitragsklassen an sich schon geeignet seien, Leid und Miskunt, Vorwürfe und Verdächtigungen aller Art zwischen die Kollegen zu tragen, sie zu zerklüften. Wenn eine Erhöhung der Beiträge unerlässlich ist, so geschehe sie wenigstens einheitlich, bezahlt werden sie von unseren gegenwärtigen Mitgliedern und sie werden ein weiteres Wachsen unseres Verbandes nicht aufhalten, wenn er sonst seine Aufgabe erfüllt. Die Aufgaben einer starken Organisation, der stärksten der Welt, sind um so leichter zu erfüllen, je mehr sie für ihre Angehörigen arbeitet und erringt und dadurch unversiegbare Werbekraft entfaltete. Es hies aber von vornherein durch Einführung der Staffelbeiträge die Organisation von ihrer Aufgabe für einen Teil ihrer Mitglieder entbunden. Und damit komme ich nochmals auf die Hilfsarbeiter. Läßt man für diese geringere Beiträge 1/2, so dürfte es mehr als einmal vorkommen, bei Verwaltungstellen sowohl als den höheren Beiträgen leistenden Kollegen eines Betriebs, das gesagt würde: für euch kann nichts geschehen, euch ist nicht zu helfen, ihr werdet doch nicht verlangen, daß wegen eurer Forderung eine Bewegung größeren Stiles oder gar ein Solidaritätsstreik inszeniert wird: bei euren geringen Beiträgen ist daran nicht zu denken; der Grundabgabe gleiche Rechte, gleiche Pflichten, würde in der argsten Weise mißbraucht. Es könnte auf solche Weise mehr Schaden angerichtet werden, als durch die einheitliche Beitragserhöhung. Und wenn wiederum ein Kollege der Meinung ist, daß das Pferd beim Schwanz aufhänge, so sei dem oder den Kollegen zugegeben, daß es das Aufzäumen eines Pferdes besser versteht als ich.

**Über eine Erhöhung der Beiträge zur Stärkung unseres Kampffonds.**

Über eine Erhöhung der Beiträge zur Stärkung unseres Kampffonds sind wir uns wohl alle einig, es kommt nur auf die Ausführung an. Da erachte ich die Vorschläge des Vorstandes, die Beiträge um 10 Pf. zu erhöhen, für unannehmbar. Gewiß hat sich unser Verband trotz oder wegen der Erhöhung der Beiträge zu seiner jetzigen Größe entwickelt. Die Beitragserhöhung in dieser Form hat auch eine Grenze, an der wir jetzt angelangt sind. Mit Recht wurde von den verschiedenen Kollegen angeführt, daß die verschiedensten Interessen der Berufe und Orte, die in unserer Industrieorganisation vereint sind, eine einheitliche Beitragsleistung, so wünschenswert sie wäre, ausschließen. Arbeitern, die Wochenlöhne von 10, 12 bis 15 Mk. verdienen, ist es schon sehr gar nicht oder nur sehr schwer möglich, den unangesehen oder dreißigsten Teil ihres Wochenverdienstes für den Beitrag zu opfern. Ähnlich auch mit Verdiensten bis zu 20 Mk. die Woche. Solche Arbeiter aber haben wir noch Hunderttausende. Von der Durchbrechung des demokratischen Prinzips braucht nicht gesprochen zu werden, dieses ist durch Einführung niedriger Beiträge für weitliche Mitglieder längst geschehen. Die Staffeln der Beiträge ist tatsächlich vorhanden, sie braucht nur weiter ausgebaut zu werden. Wenn es uns nicht gefügt, die niedrig entlohnenden Arbeiter der Organisation zugunsten und durch dieselben die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben, so entsteht die Gefahr, daß die Unternehmener durch die immer mehr sich steigenden Aufwendungen für Stöße, geimbedeutliche Einrichtungen zc. infolge unserer Bewegungen ihre Betriebe mit der Zeit von der Stadt hinaus auf lache Land verlegen. In dem miserabel entlohnenden Landarbeiter ist ein solcher Betrieb mit für uns niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit eine gefährliche Konkurrenz, die jahrelange, mühsame und gefährliche Arbeit der Organisation mit einem Schläge vernichtet. In einem Teile ist dieses Schlimm schon durchgeführt, wie bei den Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen, Gießereien zc. Mancher Kampf in der Großstadt wäre erfolgreicher, wenn diese Schmutzkonkurrenz nicht wäre. Als Beispiel sei für die örtliche Industrie angeführt, daß der Bau einer größeren Fabrik in dem Arbeiterlichen Meinem geplant wird. In dem fünfviertel Stunden von Mathemom entfernt liegenden Dorfe Semlin und ebenso in dem zwei Stunden entfernt liegenden Dorfe Mühlbach hat sich eine optische Industrie entwickelt; es ist aber gar nicht daran zu denken, diese Arbeiter bei unseren heutigen Beiträgen der Organisation zuzuführen. Das Untergewandenes des Vorstandes, für Lebstlinge und minderjährige Arbeiter niedrige Beiträge einzuführen, ist wohl gut gemeint, hat aber auf die tatsächliche Entwicklung unseres Verbandes gar keinen Einfluß und bedeutet keinen Vorteil. Für die Beitragshöhe kann nur der Verdienst maßgebend sein. Einen Fingerzeig in dieser Richtung geben die Anträge von Mathemom. Die Schwierigkeit der Klassifizierung auf vermalungsgemäßigem Gebiet soll nicht verkannt werden, sie darf aber kein Hindernis sein, sie einzuführen, wenn sie als notwendig erkannt ist. Mit Abdruck großen Schwierigkeiten haben wir ja auch oft in unseren Kämpfen mit dem Unternehmertum zu rechnen, ohne ihnen aus dem Wege zu gehen. Einen Wandelbeitrag von 40 Pf. halte ich für die heutigen Verhältnisse, speziell für die Arbeiterinnen, zu hoch, er würde bei diesen eine Erhöhung von 100 Prozent darstellen, was etwa das gleiche ist, als würde der Beitrag für männliche auf 1 Mk. erhöht. (Er soll doch nur auf 50 Pf. erhöht werden. Red.) Die Unternehmungskonkurrenz dürfen wir nicht unterschätzen, das die die Fluktuation der Kollegen eingehämmert haben, manches alte Mitglied mit geringem Verdienst zählt den für ihn hohen Beitrag nur, um seiner erworbenen Rechte nicht beraubt zu werden. Andernfalls hätte es der Organisation schon lange den Rücken gefehert. Also Ausbau des Verbandes bei stabiler Beitragserhöhung und dementsprechend etwa die Höhe der Unternehmungen nach dem heutigen Maßstab, wie es der Antrag Mathemom bespricht. Dann haben wir mehr Mittel für unseren Kampfzweck und in jedem Metallarbeiter-Verein hat geübt, unter dem gegebenen Verhältnissen sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verein anzuschließen.

P. Rapp, Mathemom.

Merckblatt für Feilenhauer.

Bearbeitet im Kaiserlichen Gesundheitsamt.

Die Verwendung von Unterlagen (Gesenken) aus Blei oder Gemischen (Legierungen) aus Blei mit anderen Metallen hat in der Feilenhauerei schon wiederholt zu Bleivergiftungen geführt.

Die Feilenhauer sind der Gefahr, an Bleivergiftung zu erkranken, um so mehr ausgesetzt, je stärker der Bleigehalt der Gesenke ist, mit denen sie arbeiten.

Die Bleivergiftung kommt bei ihnen gewöhnlich dadurch zustande, daß metallisches Blei, wenn auch nur in geringerer Menge, durch Vermittlung der beschmutzten Hände beim Essen, Trinken oder beim Rauchen, Schnupfen und Kauen von Tabak in den Mund aufgenommen wird.

Die Folgen dieser Bleiaufnahme machen sich nicht als bald bemerkbar; sie treten vielmehr erst nach Wochen, Monaten oder selbst Jahren auf; nachdem die in den Körper gelangten Bleimengen sich soweit angehäuft haben, daß sie Vergiftungserscheinungen hervorzubringen imstande sind.

Worin äußert sich die Bleivergiftung? Die ersten Zeichen der Bleivergiftung zeigen in einem blaugrauen Saume am Zahnefleisch, Bleisaum genannt, und in einer dünnen Blasse des Gesichtes und der Lippen sich kundgebenden Blutarium zu bestehen. Die weiteren Krankheitserscheinungen sind sehr mannigfaltig. Am häufigsten tritt die Bleikolik auf: Der Kranke empfindet heftige, krampfartige, von der Nabelgegend ausgehende Leibschmerzen (kolikschmerz); der Leib ist eingezogen und hart; dabei bestehen häufig Erbrechen und Stuhlverstopfung, selten Durchfall.

Abgesehen von den schweren, mit Gehirnerscheinungen einhergehenden Fällen, welche nicht selten tödlich verlaufen, pflegen die Bleivergiftungen meist zu heilen, wenn die Kranken sich der weiteren schädigenden Einwirkung des Bleies entziehen können. Die Heilung tritt nach mehreren Wochen oder in schweren Fällen auch erst nach Monaten ein.

Den wirksamsten Schutz vor Bleierkrankungen verleihen Sauberkeit und Mäßigkeit. Personen, welche, ohne gerade zu den Trinkern zu gehören, geistige Getränke in reichlicher Menge zu sich zu nehmen pflegen, sind der Bleivergiftungsgefahr in höherem Maße ausgesetzt als Enthaltensame. Branntwein sollte, namentlich während der Arbeitszeit, nicht genossen werden.

1. Da Verunreinigungen der Hände mit metallischem Blei nicht gänzlich zu vermeiden sein werden, ist das Rauchen, Schnupfen und Kauen von Tabak während der Arbeit zu unterlassen.

2. Die Arbeiter dürfen erst dann Speisen und Getränke zu sich nehmen oder die Arbeitsstätte verlassen, nachdem sie zuvor die Hände mit Seife, womöglich mit Wismut- oder Marmerseife, gründlich gewaschen haben. Läßt sich das Trinken während der Arbeit ausnahmsweise nicht vermeiden, so sollen die Hände der Trinkgefäße nicht mit den Händen berührt werden.

Erkrankt ein mit bleihaltigen Gesenken arbeitender Feilenhauer trotz dieser Vorsichtsmaßregeln unter Erscheinungen, welche den Verdacht einer Bleivergiftung (siehe oben) erwecken, so soll er in seinem und seiner Familie Interesse die Hilfe eines Arztes sogleich in Anspruch nehmen und diesem gleichzeitig mitteilen, daß er mit bleihaltigen Unterlagen zu arbeiten gehabt hat.

Abzüge dieses Merckblatts werden vom Kaiserlichen Gesundheitsamt unentgeltlich abgegeben. Exemplare auf hartem Kartonpapier, zum Aufhängen bestimmt, sind im Buchhandel von der Verlagsbuchhandlung von Julius Springer in Berlin N. zu nachstehenden Preisen zu beziehen: Einzelne 5 Pf.; 100 Exemplare 3 Mk.; 1000 Exemplare 25 Mk.

Zu diesem Merckblatt bemerkt die ministerielle Berliner Korrespondenz: In früheren Jahren wurde lediglich das weiche Blei als Unterlage beim Säuen der Feilen verwendet. Inzwischen sind viele Feilenhauer an Bleivergiftung. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind schon seit geraumer Zeit bestrebt gewesen, die Feilenhauereibesitzer zu veranlassen, in allen den Fällen, wo es aus technischen Gründen angeht, das Blei durch andere, ungiftige Metalle zu ersetzen. Sie haben damit Erfolg gehabt. Nach den Erhebungen verwenden jetzt etwa drei Viertel der Feilenhauereien entweder die weniger gefährlichen Bleimischungen oder Unterlagen aus Zinn oder Zinn. Unterlagen aus reinem Blei werden nur noch in dem vierten Teile der Feilenhauereien benutzt. Die Zahl der Bleierkrankungen unter den Feilenhauern ist infolgedessen erheblich zurückgegangen. Von den etwa 7000 Arbeitern in Feilenhauereien wurden im Durchschnitt der vier Jahre von 1901 bis 1905 jährlich 30,5 gleich 0,43 Prozent bleikrank befunden, während beispielsweise nach den jenseitig angefertigten Erhebungen von den Bleihüttenarbeitern 5,4 Prozent bleikrank waren. Die Bleivergiftungsgefahr der Feilenhauer ist demnach zurzeit erheblich geringer, als vielfach angenommen worden ist. Da die Bleierkrankungen in Feilenhauereien nur auf die Übertragung durch die bleibeschmutzten Hände, nicht auf die Einatmung bleihaltigen Staubes zurückzuführen sind, so lassen sie sich durch ausreichende Sauberkeit der Feilenhauer fast ganz vermeiden. Infolgedessen und da das Blei für die Herstellung gewisser Arten von Feilen, zum Beispiel Kapseln, noch unentbehrlich ist, wurde von dem Erlass einer Bundesratsverordnung, die die Verwendung von Blei zu Unterlagen beim Säuen der Feilen verbietet, Abstand genommen. Das geschah auch deshalb, weil eine Überwachung der Durchführung solcher Verordnung kaum durchführbar sein würde, da man den Unterlagen nicht ansehen kann, ob sie Blei enthalten. Um dies festzustellen, würde es einer chemischen Untersuchung jeder einzelnen Unterlage bedürfen. Dagegen sollen die Feilenhauer durch ein im Auftrag des Reichsamtes des Innern vom Kaiserlichen Gesundheitsamt bearbeitetes und herausgegebenes Merckblatt auf die ihnen drohende Bleivergiftungsgefahr und auf die zu ihrem Schutze notwendige Sauberkeit aufmerksam gemacht werden. Abzüge dieses Merckblatts werden vom Kaiserlichen Gesundheitsamt unentgeltlich abgegeben. Auch ist der Abdruck des Merckblatts sowie die Herstellung von besonderen Abdrücken unter Angabe der Quelle nicht nur gestattet, sondern erwünscht. Die Bundesregierungen sind ersucht worden, für möglichst weitestgehende Verbreitung des Merckblatts unter den Feilenhauern Sorge zu tragen.

Das Merckblatt ist sehr nützlich. Wir zweifeln nicht daran, daß es unseren Kollegen von der Feilenhauerbranche gute Dienste tun wird. Selbstverständlich ist damit nicht gesagt, daß durch solche Merckblätter die Gewerkschaftsarbeit zugunsten besserer Arbeitsbedingungen, besonders der Arbeitszeitverkürzung, überflüssig wird.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 28. April der 18. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. April bis 4. Mai 1907 fällig ist.

Gesucht werden zum möglichst baldigen Eintritt vier Beamte

für das Hauptbureau. Die Anstellung erfolgt zunächst auf ein Jahr zur Probe zu den im Verband geltenden Gehaltsfögen, mit einem Anfangsgehalt von 160 Mk. pro Monat.

Als Bewerber sind nur Verbandsmitglieder zugelassen, die dem Verband mindestens fünf Jahre lang ununterbrochen angehören, mit der Arbeiterbewegung vertraut, in schriftlichen Arbeiten durchaus bewandert sind und ihre aktive Militärdienstzeit absolviert haben oder militärfrei sind. Die von ihnen selbst geschriebenen Bewerbungen müssen Angaben enthalten über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, über das Alter und den Gesundheitszustand. Außerdem ist den Bewerbungen ein Ausweis über die Dauer der Mitgliedschaft (Mitgliedsbuch oder Bescheinigung der Ortsverwaltung) beizufügen. Die Bewerbungen sind mit der Bezeichnung „Bewerbung“ bis zum 7. Mai 1907 nach hier einzureichen.

Für die Bezirksleitung des vierten Bezirkes wird zum baldigen Antritt ein Hilfsarbeiter gesucht. Die Anstellungsbedingungen regeln sich nach den Beschlüssen der Leipziger Generalversammlung. Die Bewerber müssen in schriftlichen Arbeiten durchaus bewandert und rednerisch befähigt sein und die nötigen Kenntnisse im Rechnungswesen, ganz besonders in dem unseres Verbandes besitzen.

Die Bewerbungen sind bis zum 8. Mai an die Adresse des Bezirksleiters M. Saad, Dresden-N., Leipzigerstraße 40, 2, zu richten. Aus der Bewerbungsschrift muß das Alter, der Beruf, die Dauer der Verbandszugehörigkeit und die seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen. Eventuell wird von den Bewerbern eine Probearbeit verlangt.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle in Arnstadt i. Th. 5 Pf. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 8a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Apolda: Der Former Willy Hunold, geb. am 19. Juli 1881 zu Apolda, Buch-Nr. 714467, wegen unkollegialem Verhalten und Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Arnstadt i. Th.: Der Schlosser Paul Saad, geb. am 14. Juli 1882 zu Wiederhof bei Breslau, Buch-Nr. 875815, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bielefeld: Die Arbeiterin Johanna Filges, geb. am 4. Januar 1882 zu Bielefeld, Lit. A. Buch-Nr. 67293, wegen Denunziation von Mitarbeiterinnen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eising: Der Klempner August Gehrmann, geb. am 30. Juli 1876 zu Eising, Buch-Nr. 237703, wegen Unterschlagung von Gewerkschaftsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hannover: Der Dreher H. Rohde, geb. am 11. Juli 1880 zu Linden, Buch-Nr. 304571;

der Dreher E. Blume, geb. am 20. Oktober 1879 zu Linden, Buch-Nr. 451163;

der Dreher R. Schmidt, geb. am 7. Januar 1875 zu Hannover, Buch-Nr. 636054;

der Dreher H. Bergmann, geb. am 27. April 1855 zu Stadt Rehburg, Buch-Nr. 954117;

der Dreher W. Regel geb. am 16. Dezember 1870 zu Giffhorn, Buch-Nr. 451158;

der Dreher F. Menge, geb. am 15. Februar 1879 zu Linden, Buch-Nr. 953964;

der Schlosser W. Voß, geb. am 19. Januar 1880 zu Wadenstedt, Buch-Nr. 787130;

der Schlosser C. Müllig, geb. am 4. März 1882 zu Laagen, Buch-Nr. 430302;

der Schlosser F. Haffelbrink, geb. am 21. Januar 1876 zu Neudorf, Buch-Nr. 696341;

der Schlosser D. Meyer, geb. am 22. März 1881 zu Hannover, Buch-Nr. 705823;

der Schlosser H. Jacobi, geb. am 13. Januar 1870 zu Linden, Buch-Nr. 655023;

der Schlosser F. Vödel, geb. am 19. Juni 1872 zu Linden, Buch-Nr. 773423;

der Schlosser F. Münthe, geb. am 4. Januar 1876 zu Ellerohe, Buch-Nr. 438451;

der Schlosser A. Hillmann, geb. am 27. März 1876 zu Gräfenhainichen, Lit. A. Buch-Nr. 15047;

der Schlosser F. Laue, geb. am 2. Februar 1876 zu Kapfitten, Lit. A. Buch-Nr. 15116;

der Schlosser G. Wienold, geb. am 9. September 1869 zu ? Lit. A. Buch-Nr. 15159;

der Schlosser E. Lattemann, geb. am 12. Januar 1877 zu Lorna, Buch-Nr. 787131;

der Schlosser F. Engelke, geb. am 27. Januar 1880 zu Herzberg, Buch-Nr. 787;

der ? R. Berre, geb. am 11. Mai 1875 zu Linden, Buch-Nr. 673238;

der Metallarbeiter H. Warneke, geb. am 3. Juli 1858 zu Bovenzien, Buch-Nr. 871605;

der Metallarbeiter B. Siebert, geb. am 22. Mai 1859 zu Rehlbeiden, Lit. A. Buch-Nr. 15198;

der Schlosser E. Hübner, geb. am 20. April 1881 zu Rüdersheim, Buch-Nr. 673278, sämtlich wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Heidelberg: Der Schlosser Josef Gruber, geb. am 21. Mai 1880 zu Neumünster, Buch-Nr. 713410, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Jwoickau: Der Schlosser Emil Först, geb. am 27. September 1872 zu Glangg, Buch-Nr. 898119, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Nicht wieder ausgenommen werden dürfen: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gürlich: Der Metallarbeiter Emil Höfig, geb. am 17. Juni 1874 zu Sebnitz, Buch-Nr. 598707;

der Dreher Robert Rademacher, geb. am 21. Juni 1878 zu Schönebeck, Buch-Nr. 340086, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hannover: Der Dreher W. Feldmann, geb. am 2. November 1887 zu Baderhag, Buch-Nr. 772406;

der Metallarbeiter D. Ey, geb. am 23. Februar 1871 zu Clausthal, Buch-Nr. 871571, beide wegen unkollegialem Verhalten.

Aufforderung zur Rechtfertigung. Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen den gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bitterfeld: Der Schleifer Lambert Reisch, geb. am 6. August 1885 zu Freiburg i. V., Buch-Nr. 949692, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Duisburg: Der Mechaniker Gustav Bildgrube, geb. am 16. Nov. 1874 zu Berlin, Lit. A. Buch-Nr. 54572, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken. Die Kollegen und Ortsverwaltungen, welchen der Aufenthalt des Bildgrube bekannt ist, wollen dessen Adresse an den Vorstand oder die Verwaltung in Duisburg gelangen lassen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Ulm a. D.: Der Dreher Anton Stipanec, geb. am ? zu ?, Lit. A. Buch-Nr. 141817; derselbe soll seinen Verpflichtungen gegenüber der Verwaltungsstelle in Ulm nicht nachgekommen sein.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Zittau: Der Former Curt Hoffmann, geb. am 17. Novbr. 1881 zu Freiberg, Buch-Nr. 883350. Derselbe soll seinen Verpflichtungen in Zittau nicht nachgekommen sein.

Öffentlich gerügt werden:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hannover: Der Dreher H. Kunge, geb. am 19. Mai 1880 zu Linden, Buch-Nr. 850912;

der Dreher H. Joel, geb. am 10. April 1878 zu Fernersleben, Buch-Nr. 272315;

der Dreher A. Reimer, geb. am 25. Juli 1869 zu Graz, Buch-Nr. 871567;

der Schlosser W. Brandt, geb. am 31. Aug. 1877 zu Hühader, Lit. A. Buch-Nr. 15016;

der Schlosser A. Reineker, geb. am 23. Jan. 1860 zu Linden, Lit. A. Buch-Nr. 15087;

der Bohrer K. Vöddede, geb. am 1. Septbr. 1867 zu Linden, Buch-Nr. 451164;

der Bohrer G. Schwabe, geb. am 1. Septbr. 1837 zu Linden, Buch-Nr. 772405;

der Hobler S. Springmann, geb. am 30. Mai 1867 zu Hildesheim, Buch-Nr. 288760;

der Hobler L. Lange, geb. am 22. Juni 1866 zu Hannover, Buch-Nr. 953350;

der Hobler F. Reinhold, geb. am 11. Juli 1860 zu Köln, Buch-Nr. 772405;

der Dreher D. Ellrich, geb. am 3. August 1864 zu Zeitz, Buch-Nr. 772403, sämtlich wegen unkollegialem Verhalten.

Die Ortsverwaltungen und Mitglieder, welchen der Aufenthalt des Guppikers Albert Höper, geb. am 15. Oktober 1882 zu Elze, bekannt ist, wollen dessen Adresse einreichen. Derselbe wird wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern in Essen a. Rh. durch die Staatsanwaltschaft gesucht.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Alde-Str. 16b, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! ♦ Zugug ist fernzubalten:

von Drahtarbeitern, Nadlern, Spinnern, Webern und Hilfsarbeitern nach Berlin St.;

von Elektromonteurern nach Mannheim;

von Feilenhauern, Schleifern und Sätern nach Köln (Koll); nach Wiesbaden (Philippi & Kalkbrenner) u. St.;

von Formern, Eisen gießereiarbeitern u. Kerumachern nach Machen Ditt.; nach Arnstadt i. Thür. (Gleichmann & Koch) Mi.; nach Barmen (Jäger, Waresbeck) St.; nach Düsseldorf (Sittig); nach Vippstadt (Weinläche Metall-Industrie) M.; nach Söcknitz bei Stettin, D.; nach Ludwigshafen a. Rh. (F. Koll); nach Maastricht i. Glf., Sulz, Oberelsaß und Mühlhausen i. Glf. (Wogt & Co.) St.; nach Alenburg a. S. (Nienburger Eisen-gießerei und Maschinenfabrik) St.; nach Prenzlau St.; nach Parel St.; nach Weibach b. Miltenberg a. Main (Fellner & Ziegler) St.;

von Gärtnern und Schleifern nach Erfurt (Kleemann) St.;

von Kesselschmieden und Messerschweifern nach Staßfurt (Oskar Kittel v. Arn. Fieber) St.;

von Klempnern, Flaschnern, Spenglern und Installateuren nach Darmstadt L.; nach Eisenach L.; nach Hannover (Gebrüder Körling, G. m. b. H.) L.; nach Jena L.; nach Straßburg i. Glf. (Gassmiller);

von Metallarbeitern aller Branchen nach Dinslaken (Draht- und Nagelwerk) D.; nach Kattfeler; nach Müggeln (Firma G. Greifenhagen) D.; nach Nordhausen (Gerlach & König, Maschinenfabrik Montania) St.; nach Offenbach a. M. u. St.; nach Platten i. Böhmen (Karl & Co.) St.; nach Rath bei Düsseldorf (Firma Sach) M.; nach Solingen; nach Straßburg i. Glf. (Lauri & Co.) St.; nach Unna in Westfalen (Firma Breitenbach) M.; nach Parel St.; nach Werdau (Werkzeugmaschinenfabrik Paul Heury) St.; nach Wiesbaden (Philippi & Kalkbrenner) u. St.; nach Zürich, S. u. St.; nach Zwicau (Motormaschinenfabrik Pösch & Cie.) St.;

von Metallarbeitern nach sämtlichen Schwarzwaldböden;

von Metallrüdern nach Erfurt (Cammerer & Kleemann);

von Schlossern nach Linz a. D., St.;

von Silberarbeitern nach Hanau a. Main.

(Die mit M. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; u. St. heißt: Streif in Aufsicht; L.: Lohnbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Ufford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mittelungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hiarehend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Ortschaftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.



sei ihm heilig und diese Ahne würden auch bei schlechtem Geschick bezahlt. Auf Grund dieser Zugeständnisse beschlossen die Streikenden, die Arbeit am 15. April wieder aufzunehmen. Die Forderung auf Wiedereinstellung der gemäßigten Kollegen kam in Wegfall, weil diese inzwischen anderweitig Arbeit erhalten hatten und auf Weiterbeschäftigung bei Mittel verzichteten.

**Wittenberg.** (Die Angst vor dem Deutschen Metallarbeiter-Verband.) In der Nähe unserer frommen Lutherstadt liegt das kleine Städtchen Jessen, in dem die Firma G. Fuhrmanns Sohn eine Maschinenfabrik besitzt. Da der Ort abgelegen von den Verkehrsadern, berühren nur sehr selten einmal fremde, wandernde Kollegen diese kleine Provinzialstadt. Von Organisation ist daher bei den circa 150 bei der Firma Fuhrmann beschäftigten Arbeitern noch keine Spur vorhanden. Wiederholt ist versucht worden, mit den Kollegen zusammenzukommen. In Ermanglung eines Versammlungsortes ist die Abhaltung von Versammlungen unmöglich gemacht. Zum Charivari hat der Kollege Freudenberg von hier einige dort beschäftigte Kollegen brüderlich ermahnt, in einem bestimmten Lokal ihn und den Bezirksleiter Bernick zu erwarten. Der angekündigte Besuch Freudenbergs und Bernicks scheint dem Herrn G. Fuhrmann ganz besonders in die Glieder gefahren zu sein. Als er Kenntnis davon erhielt, daß zwei fremde „Feyer“ Jassen einen Besuch abstatten wollten, benachrichtigte er sofort den Landrat des Kreises in Dersberg von der drohenden Gefahr. Die „unmilitärische“ Tätigkeit des „sozialdemokratischen“ Metallarbeiter-Verbandes durch eine Versammlung wurde verhindert. Der Herr Landrat benachrichtigte den Bürgermeister von Jessen und dieser ließ den Wirt des Lokals zu sich kommen. Der hatte aber keine Ahnung davon, daß wir das Verbrechen begangen hatten, einige Kollegen in sein Lokal zu einem Biere einzuladen, ohne den Landrat, den Bürgermeister und den Landesherrn Fuhrmann zu fragen. Wir glaubten dazu berechtigt zu sein, ohne erst die Genehmigung der Hochwohlgeblichen dazu einholen zu müssen. Herr Fuhrmann scheint aber schon die Verhörung „seiner“ Arbeiter mit anderen Personen als eine Handlung zu betrachten, die unbedingt unter Polizeiaufsicht gestellt werden muß. Denn nur so ist es zu verstehen, daß Freudenberg und Bernick von dem Augenblick an, wo sie den Bahnhof verlassen, auf Schritt und Tritt verfolgt wurden und Fuhrmann sofort Nachricht erhielt, daß die beiden „Feyer“ vom Deutschen Metallarbeiter-Verband in Jessen eingetroffen seien. Leider haben sich zu der schimpflichen Rolle, Spionendienst zu leisten, auch Arbeiter hergegeben. Wer die Lohr- und Arbeitsverhältnisse der Firma näher kennt, der begreift, daß Herr Fuhrmann alle Ursache hat, die Gründung einer Verwaltungstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Jessen mit allen Mitteln zu vereiteln. Können wir den bei Fuhrmann beschäftigten Kollegen erst einmal sagen, in welcher Weise sie ausgeübt werden und daß sie mit Hilfe der Organisation diesen Zuständen ein Ende machen können, dann — ja dann, Herr Fuhrmann, ist es mit der uneingeschränkten Ausübung der Arbeitskräfte vorbei. Um unseren Kollegen nur ein Beispiel zu geben, sei bemerkt: Der Lohn beträgt 25 Pf. die Stunde, einige, die bereits zehn Jahre und noch länger in dem Betrieb beschäftigt sind, erhalten 30 Pf. Damit der Lohn aber „nicht unsonst“ bezahlt wird und um den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, „etwas mehr verdienen“ zu können, hat Herr Fuhrmann Akkordarbeit eingeführt. Doch wer nun glaubt, bei der Akkordarbeit mehr verdienen zu können, als der Stundenlohn ausmacht, hat sich gemalig getäuscht. Das, was der Arbeiter in Akkord mehr als seinen Stundenlohn verdient hat, streift Herr Fuhrmann am Lohnabzugstag ein. Was kümmern einem Unternehmer die Bestimmungen der Gewerbeordnung. „Der im Hause“ sein, ist sein Grundgesetz. Aber nicht nur als Unternehmer, sondern auch als Hauspapa versteht sich Herr Fuhrmann ausgezeichnet auf seinen Vorteil. Bei der Vorliebe, die diese Firma für die „nationale Arbeit“ und die „nationalen Arbeiter“ hat, kommt es ihr gar nicht darauf an, alljährlich einen Transporthelfer in ihrer Arbeiter durch den Agenten Stephanowitsch in Konstantinopel zu engagieren. Es würde zu weit führen, den Arbeitsvertrag, der mit diesen Leuten abgeschlossen ist, näher zu schildern. Es sei nur bemerkt, daß der Lohn dieser Arbeiter zwischen 80 Pf. und 1,05 Mk. täglich beträgt. Da bei einem so „hohen“ Verdienst diese Arbeiter wohl kaum jemand in Logis nehmen kann und wird, hat Herr Fuhrmann sein wohnstättenloses Pötz entdeckt: er erbaute Arbeiterwohnungen. Die Feder streubt sich, niederzuschreiben, wie es in diesen „Arbeiterwohnungen“ aussieht. An einige einheimische Arbeiter werden einzelne Wohnungen in den Fuhrmannschen Häusern vermietet. Die Mieter müssen sich verpflichten, mindestens sieben der ruffähigen Arbeiter als Schlafleute zu übernehmen. Darnach sind die Zustände, die der Fremde in diesen „Schlafstuben“ zu sehen bekommt. Vollständig angezogen, bis zu sechs Mann in einer „Stube“ zusammen, lauern die Arbeiter in sogenannten Kellern. Ein Strohsack, in dem man das Stroh mit der Lupe suchen muß, und eine elende Pferdebede bilden das „Bett“, in dem die Arbeiter ihre müden Knochen „ausruhen“ lassen müssen. Grauenhafter können die Zustände in Sibirien nicht sein. Wehe aber dem einheimischen Arbeiter, der sich erdreist, gegen den Willen des Herrn Fuhrmann zu handeln. Die Sache ist ihm sicher. Einem Kollegen (Witzkied) unseres Verbandes) wollte es durchaus nicht in den Kopf, daß er sich unter allen Umständen dem Willen und den Wünschen des Herrn Fuhrmann zu fügen habe. Die Folge war, daß Herr Fuhrmann sich nicht nur über „seinen“ Arbeiter, sondern auch über die Frau des Kollegen ein Urteil zu fällen erlaubte. Folgendes Schreiben ging dem Kollegen zu: „Sie haben das Verlobungsjahr, wo Sie in meinem Hause wohnen, das Verlobungsjahr mit nicht erworben um einen Dauermietvertrag mit Sie abzuschließen, weitere Versuche lehne ich ab. Ich bin zu der Einsicht gekommen, daß Sie, so wie auch Ihre Frau ein Haus zu bewirtschaften in meiner Stube nicht im Stande sind. Mein Haus welches Sie jetzt noch inne haben, habe ich an „Gustav Wimmer“ hier vergeben, zu beziehen am 1. Oktober dieses Jahres. Ich kündige hiermit und haben Sie am 30. September dieses Jahr mein Haus zu räumen. Bis dahin haben Sie Zeit sich in der Stadt eine andere Wohnung zu suchen.“ So sehen die Wohlfaten der Untermieter aus, die von der bürgerlichen Presse so hoch bewertet werden. Wir wünschen, daß Herr Fuhrmann seine Wohlfaten einmal an eigenen Leibe zu spüren bekommen möchte. In den Kollegen dieses Musterbetriebes liegt es mit, den traurigen Zuständen ein Ende zu bereiten. Die Villa, ein mahrer Prachtbau, die Herr Fuhrmann für seinen eigenen „Bedarf“ aufgeführt hat — allerdings ohne auch nur einen Mauerstein in Jessen selbst zu kaufen, Fuhrmann hat alles von außerhalb bezogen — dürfte den Kollegen recht deutlich zeigen, weshalb jähne Fronte Herr Fuhrmann durch die ihnen erwiesenen „Wohlfaten“ errungen hat. Kollegen, rafft euch auf, schart euch zusammen um das Banner der Organisation, tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, dann wird es auch in Jessen Tag werden.

worden, und die unerbittlich eheleiche Kritik, die er auch an der eigenen Partei und den eigenen Parteigenossen zu üben pflegte, zog ihm manche Gegnerschaft zu. Phrasenheben und Wortathtesten verspottete er zu graulich, als daß sie ihn hätten lieben sollen. Aber auch seine Gegner zwang er in den Bann seiner machtvollen Persönlichkeit und einen Feind hat er gewiß nicht hinterlassen.

Klarer als irgend ein anderer hatte Auer schon in den Anfängen des rapiden Wachstums der sozialdemokratischen Partei nach dem Falle des Sozialistengesetzes, als manche Parteigenossen die Bewegung nur noch durch rote Brillengläser betrachten mochten, erkannt, daß der schwierigere Teil der von der Sozialdemokratie zu leistenden Arbeit nicht hinter, sondern vor uns liegt. Selbst ein unvergleichlicher Agitator, der durch sein zündendes Wort, durch seiner Gedanken Fülle und durch die Kraft seines goldenen Humors Tausende zu unserer Fahne führte, vergaß er doch niemals, daß der Agitator nur eine vorbereitende Aufgabe zu erfüllen hat, die ungleich schwierigere aber der Politiker, der die organische Überleitung der Gesellschaft aus der kapitalistischen in die sozialistische vollziehen muß. So deutlich standen ihm die Schwierigkeiten dieser Aufgabe vor Augen, daß er für kleinlichen Parteistreit nur ein mitleidiges Achselzucken fand. Und doch hat er gerade unter den Parteistreitigkeiten der letzten Jahre schwer gelitten; als eine verzehrende Krankheit die Pünktlichkeit seines stattlichen Körpers zerstörte und ihn zum Invaliden machte, blutete oftmals sein Herz bei dem Gedanken, was aus der prächtig aufsteigenden Arbeiterbewegung werden möge, wenn der Geist der Unzulänglichkeit und weltfremde Schwärmererei in ihr die Herrschaft gewinnen sollten.

Als Persönlichkeit wird Auer nie ersetzt werden. Aber wir wollen hoffen, daß die Partei in ihrer Gesamtheit sein Erbe hochhält und dadurch sein Gedächtnis verehrt: die kluge Selbstüberwachung, den sicheren Blick für des Lebens Möglichkeiten, die strenge Selbstkritik und die reifliche Hingabe an die große Sache.

Im Reichstag begannen nach dem Ablauf der kurzen Osterferien die Debatten bei dem Stittitel: Reichsamt des Innern. Seit Jahren hat sich an diesen Titel die weitwichtige Erörterung der allgemeinen Sozialpolitik angeschlossen. Es war vorauszu sehen, daß in diesem Jahre die neugruppierten Parteien mit besonderem Eifer die Gelegenheit zur Ablegung ihres sozialpolitischen Bekenntnisses ergreifen würden. Den Reigen der Redner eröffnete der Zentrumsmann Trimbom, der ein lautes Loblied seiner Partei sang und die bürgerlichen Fraktionen insändigt ansetzte, doch ja nicht im Lande den Gedanken aufkeimen zu lassen, in Deutschland werde nur unter dem Händigen Druck einer starken sozialdemokratischen Fraktion Sozialpolitik betrieben. Wenn's mit dem Reden allein gemacht wäre, könnten wir freilich in Deutschland wohl zufrieden sein: von der Tribüne des Reichstags tönt nur noch selten der frischröthliche Kampf eines echten Scharfmachers; da flötet im Gegenteil fast jeder eine Friedensmelodie. Aber wie sieht es denn draußen aus? Stehen nicht gerade jetzt die Arbeiter in einer ganzen Reihe von Gewerken in heftigstem Kampfe gegen brutale Unterdrückungsbestrebungen? Die Arbeiterbewegung muß noch täglich um die Grundfragen ihrer Existenz ringen. Das sprach auch in seiner Kampferede der neugeordnete Abgeordnete Raumann offen aus, indem er zunächst erst einmal eine Sicherung des Koalitionsrechtes, einen freibleibenden Ausbau der Vereinsgesetzgebung nachdrücklich verlangte. Was wir darauf als Antwort von Grafen Podadowsky zu hören bekamen, klingt wahrlich nicht tröstlich; ein „modernes“ Gesetz verheißt er uns, aber auch ein solches, das „zu allen Zeiten und unter allen Umständen“ die „bürgerliche Ordnung und Sicherheit garantiert“. Ja, ja, das kennen wir! Mit solchen Kaufschubegriffen operiert Polizei und Rechtsprechung nachher genau so, wie vorher. Die Vereinsfreiheit mit dem Galgen daneben. Jede zielflare Gewerkschaft eine Brutstätte der Revolution. Jeder Streik eine Auflehnung gegen die göttliche Weltordnung. Jeder Dajentuch, der den Militärrock mit der Polizeimantel vertauscht hat, ein berufenen Beurteiler der Arbeiterbewegungen.

Das Einzelprogramm des Grafen Podadowsky umfaßt im wesentlichen Probleme, die seit langer Zeit von der Sozialdemokratie aufgeworfen wurden, ja deren Lösung zum großen Teile schon in vollkommener ausgearbeiteter Gesetzesvorschlägen von der Arbeiterchaft der Öffentlichkeit unterbreitet worden ist. Vereinfachung und Verbesserung der drei großen Versicherungsgesetze, Deutscher Arbeiterversicherung der Dienstboten und Landarbeiter (denen das Koalitionsrecht aber noch dringender notwendig ist), gegenseitiger (Arbeits)tag für Frauen, Arbeiterkammern, Ausbau der Sonntagsruhe, Witwen- und Waisenversicherung und anderes mehr. Der sozialdemokratische Fraktionsredner Hoch wies mit Recht darauf hin, daß dieses „Programm“ eigentlich die schärfste Kritik der bisherigen Sozialpolitik sei, die man sich nur denken könne.

Den eigentlichen Kernpunkt der Sozialpolitik, die Frage der Arbeitsverfassung in der zentralisierten Großindustrie, mit anderen Worten, die Frage des Fabrikkonstitutionalismus, umgeht Graf Podadowsky, wie die Frage der heißen Drei. Was Raumann als Industrieparlamentarismus bezeichnet, die Mitwirkung der Arbeiter an der Leitung der großen Industrien, das wollen die Befürworter dieser Industrie an wenigsten gewahren. Wenn sie sozialpolitischen Forderungen zustimmen, so meinen sie immer eine Sozialpolitik der Bevormundung und schreiben über die „Unabhängigkeit“ der Arbeiter, die sich nun einmal „Wohlfaten“ verbitten und ihr Recht fordern. Eine tief in die Einzelprobleme des gewerkschaftlichen Lebens eingehende Rede hielt der Abgeordnete Robert Schmidt-Berlin, der auch scharf auf die unerhörten Arbeitsverhältnisse in den Hüttenwerken hinwies und mit kräftigen Strichen ein Bild der Gefahren entwarf, die unserer gesamten Volkswirtschaft von den großen Unternehmerverbänden drohen. Es wird hohe Zeit, daß alle Zweige der Arbeiterorganisationen sich mit der Frage der Unternehmerverbände mehr als bisher beschäftigen, und jedenfalls wird es mit Genugthuung begrüßt werden, daß auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion neuerdings dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zugewendet hat.

Nach einmal kamen auf die Verhältnisse der Struben- und Lötterarbeiter sowie der in den Maschinenbeschäftigten späterhin die Abgeordneten Severing und Hengsbach zurück: ihre scharfe Kritik wird in den Kreisen der Metallarbeiter lebhaft Zustimmung finden.

Im übrigen verlief die Debatte, die an einzelnen interessanten Momenten reich war, ziellos, wie das immer der Fall zu sein pflegt. Der schwerfällige Apparat der parlamentarischen Geschäftsordnung, alte Sitten der Vollvertretung, die Größe des Sitzungssaales und manches andere noch machen eine Schlag auf Schlag sich abwickelnde Diskussion im Reichstag fast unmöglich. Einem geschickten Präbenten würde es vielleicht doch gelingen, durch zweckmäßige Gruppierung der Redner den Schänden einigermaßen abzuwehren: aber das würde voraussetzen, daß dieser Vorhänge selbst den weitwichtigen Stoff ganz genau beherrschte. Davon kann bei dem jetzigen Reichstagspräsidium aber nicht die Rede sein.

Ziehen wir die Summe aus der langwierigen sozialpolitischen Debatte, so können wir sagen, daß im großen und ganzen bei den bürgerlichen Parteien des Hauses ein mehr oder weniger platonischer Eifer für die Fortführung der Sozialpolitik dargetan worden ist. Die die Dinge heute liegen, darf man in der Tat wohl sagen, daß die Mehrheit des Reichstags — der Not gehorchend, nicht aus eigenen Trieben — reformfreundlicher ist als der Bundesrat. In die

Tiefe geht freilich diese Reformfreundschaft der bürgerlichen Parteien nicht, und wenn sich die Arbeiter darauf allein verlassen wollten, so wären sie in der Tat verlassen.

**Gewerkschaftliches.**

Die achte Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen tagte vom 31. März bis zum 4. April in Penzig. Anwesend waren 104 Delegierte, die 118 Mandate vertraten. Nach dem Vorstandsbericht betrug die Mitgliederzahl am Anfang des Jahres 1907 11165, am Ende des ersten Quartals etwa 15000. Im letzten Jahre betrug die Fluktuation 6215. Nach der Statistik der Berufsgenossenschaft gibt es 78000 Glasarbeiter. Der Verband war an acht größeren Lokaltreffen beteiligt. Die Einnahme betrug 447578,88 Mk., die Ausgabe 411817,84 Mk. Am 31. Dezember belief sich das Vermögen auf 35256,04 Mk. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, Horn, dem Verleger des Nachblatts, für Abtretung des Verlags 7000 Mk. und für seine redaktionelle Mitarbeit jährlich 1200 Mk. zu bewilligen. Die Übersetzung des Fachgenossen in Verbandsbezüge tritt am 1. Juli 1907 in Kraft. Sitz des Verbandes und der Redaktion sind zusammenzulegen. Lambrecht als Vertreter der Generalkommission trat in einem Memorat für den Ausbau des Unterweisungswesens u. a. Auf Vorschlag des Verbandsvorsitzenden wurde eine Beschäftigung darüber bis zur nächsten Generalversammlung verlagert. Inzwischen soll häusliches Material gesammelt werden. Der Vorstand wird ermächtigt, bei allen nicht bewilligten Streiks die Gelder für solche Zahlstellen zu sperren, die ohne Genehmigung in den Streik eintreten. Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, Bauleiter angustellen. Die 20 Pf.-Beitragsklasse wurde abgelehnt. Für weibliche Mitglieder wurde eine einmalige Einbildungsunterstützung von 8 Mk. eingezahlt.

Der zweite Verbandstag des Verbandes der Porzellan- und Ledergalanteriearbeiter fand vom 31. März bis zum 2. April in Berlin statt. Anwesend waren 28 Delegierte. Die organisierten Zwischenmeister hatten zwei Vertreter entsendet, die als Gäste teilnahmen. Nach dem Vorstandsbericht hatte der Verband am 31. Dezember 1906 3977 Mitglieder. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 155581,86 Mk. Das Verbandsvermögen betrug am Schluß des Jahres 1906 9710,99 Mk. Der Mitgliedsbeitrag wurde für männliche Arbeiter von 30 auf 45 Pf., für weibliche Mitglieder von 15 auf 20 Pf. wöchentlich erhöht. Der Verschmelzung mit dem Sattlerverband wurde zugestimmt und eine Kommission gewählt, die die Vorarbeiten dazu erledigen soll. Die endgültige Beschlußfassung erfolgt auf einer Generalversammlung der beiden Verbände.

Der dritte Verbandstag des Verbandes deutscher Hotel- und Gastwirtinnen fand vom 2. bis 5. April in Leipzig statt. Anwesend waren 53 Delegierte. Nach dem Geschäftsbericht fanden in den letzten beiden Berichtsjahren keine Lohnbewegungen statt. Die Haupttätigkeit des Verbandes erstreckte sich auf die Stellenvermittlung. Die Mitgliederzahl ist von 1697 im Jahre 1905 auf 3109 im Jahre 1907 gestiegen. Die Einnahmen betragen in der Berichtsperiode 58381 Mk., die Ausgaben 34366 Mk. Davon wurden ausgegeben für: Fachtagung 6539 Mk., Heftausgabe 137 Mk., Kranien- und Reiseunterstützung 114 Mk., Gehälter 4667 Mk., Agitation 1450 Mk. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich prinzipiell für den Anschluß an den Verband der Gastwirtinnen ausspricht und die Delegierten verpflichtet, auf die Mitglieder dahin einzurwirken, daß auf dem nächsten Verbandstag die Verschmelzung beschlossen werden kann. Zugunsten der Verschmelzung an die Generalkommission sofort beschließen. Die Resolution über die Schutzgesetzgebung im Gewerbe. Wasser (Wann) wurde sich gegen die „sozialdemokratische Tendenz“ des Referats. Das Zentrum habe im Reichstag ebenfalls für die Arbeiter getan, wie die Sozialdemokratie. Besser sei es, den Verband „neutral“ zu halten. Wenn die Zentrumsgesandten im neuen Reichstag nichts mehr für die Hotelwirtsinnen tun, dann ist der Verbandsorgan mit seinen Angriffen gegen das Zentrum während des letzten Jahres daran schuld. Darauf erwiderte Knoll als Vertreter der Generalkommission, daß die freien Gewerkschaften von ihren Mitgliedern kein politisches Glaubensbekenntnis verlangen. Das heißt aber nicht die Neutralität so weit treiben, daß man politisch weder links noch rechts ist. Heute lägen die Dinge so, daß man wirtschaftliche, gewerkschaftliche Forderungen nur durchdrücken könnte, wenn hinter ihnen eine starke politische Partei stände. Das Eintreten für die Sozialdemokratie heiße nichts anderes, als für die Sozialpolitik im Sinne der Arbeiterinteressen eintreten. Ein Gewerkschaftsredakteur, der während der letzten Reichstagswahl die Mitglieder nicht darauf hingewiesen habe, daß bei der Sozialdemokratie ihre Interessen am besten aufgehoben seien, verdiene seines Postens entsetzt zu werden. Wache man es so, wie die ärztlichen Gewerkschaftsblätter, die ihre Mitglieder auffordern, keinen Sozialdemokraten, sondern irgend einen bürgerlichen Kandidaten zu wählen, dann läge man „Vertrauen an der Arbeiterchaft“. Die nachfolgenden Diskussionsreden stimmten diesen Ausführungen zu. Es wurde ferner eine Resolution angenommen, die den Vorstand verpflichtet, die Tarifangelegenheiten energisch weiter zu verfolgen. Der Beitrag, der bisher 1 Mk. monatlich betrug, beträgt von jetzt an 30 Pf. die Woche. Wiedereintretende haben das dreifache Eintrittsgeld zu bezahlen. Die Krankenunterstützung wurde von 5 auf 6 Mk. pro Woche erhöht und die Bezugsberechtigung von 6 auf 7 Wochen ausgedehnt. Die Krankenunterstützung wurde von 45 bis 75 Mk. festgesetzt, eine Erhöhung von fast 50 Prozent gegen bisher. Der Ortsverwalter wurde empfohlen, lokale Fonds zu gründen, um Streiks in eigenen und fremden Berufen unterstützen zu können. Alle Anträge auf Vergrößerung der Fachzeitung wurden abgelehnt; angenommen wurde ein Antrag, einen zweiten Beamten im Hauptvorstand anzustellen.

Zur Kampfe in der Holzindustrie. In Berlin sind nach der letzten Kontrolle in 134 Betrieben 556 Arbeitsschlichter zu verzeichnen. In Dresden sind Einigungsverhandlungen eingeleitet worden.

In Rheinland und Westfalen sind die Maler ausgebeuert worden. Die Veranlassung war, daß in Aachen den Gehilfen ein ungünstiger Tarif aufgezwungen werden sollte, wogegen sie sich wehrten.

Zwischen den Verbänden der baugewerblichen Hilfsarbeiter und der Hafnarbeiter ist ein Kartellvertrag abgeschlossen worden, der die Organisationszuständigkeit der beiden Berufen angehörenden Arbeiter regelt.

**Arbeiterversicherung.**

Unfälle auf dem Wege zur Arbeit. Ein für Arbeiter wichtiges Urteil fällt das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung des Regierungsbezirktes Düsseldorf in einer Sitzung in Duisburg. Am 22. Januar 1906 wurde der Oberbauarbeiter E. auf der Bahnhofsstraße Duisburg-Oberhausen von einem Güterzug überfahren und getötet. Der Getötete war zur Zeit mit dem Auflegen eines Eisenbahnweiches in Duisburg nach Oberhausen-West beschäftigt. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Hinterbliebenenrente mit der Begründung ab, daß der Verthorbene zur Zeit des Unfalls den Bahndamm und den Weichens überfahren hätte, um sich wahrcheinlich in eigenmächtigen Interesse den Weg zur Arbeit erleichtern abzukürzen. In der hergebrachten Berufung heißt es: „Der Unfall ist kaum zehn Schritte von der Arbeitstelle passiert; der Verthorbene hat des Morgens noch erklärt: er müsse noch Berufung von West H. holen und wolle einen Zug früher fahren. Dieses ist auch tatsächlich geschehen.“ Zur weiteren Klärung wurde die Vernehmung der Arbeiter und Bergleute des Verthorbenen beantragt, um über die Lage der Arbeitsschlichter zu machen. Das Schiedsgericht schloß sich in der oben angegebenen Sitzung in den wesentlichen Punkten der Berufung an und führte in seiner Urteilsbegründung folgendes aus: „Es ist zwar richtig, daß der Weg eines Arbeiters zur Arbeit nicht an und für sich in den Kreis seiner eigenmächtigen Tätigkeit gehört und daß Unfälle, die er auf einem solchen Wege erleidet, durch die Gefahren des täglichen Lebens, denen alle Menschen ausgesetzt sind, herbeigeführt werden, daß solche Unfälle also nicht dem besonderen Schutze unterliegen, welcher durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung den Arbeitern gegen die Gefahren, die sich bei dem Betrieb ereignen, gegeben ist. In dem vorliegenden Falle handelt es sich aber nicht um Gefahren des täglichen Lebens, sondern um

**Rundschau.**

**Reichstag.**

(10. bis 19. April.) Mit tiefer Trauer im Herzen beginnen wir die Weiterführung der Berichte über den Reichstag durch den Hinweis auf den Tod unseres Ignaz Auer. In ihm verlor die sozialdemokratische Reichstagsfraktion denjenigen ihrer Führer, der die meisten staatsmännlichen Eigenschaften besaß, ein geborener Politiker war. Politik ist die Kunst, das jeweilig Mögliche im Staatsleben zu erreichen; und Auer war ein Meister dieser Kunst. Der schlichte Mann aus der Werkstatt, ausgerüstet nur mit einer bescheidenen Volksschulbildung, hatte sich durch den eisernen Fleiß, der seinem Genie erst die rechte Wucht verlieh, ein politisches Wissen angeeignet, seinem Blick für Menschen und Dinge eine solche Schärfe gegeben, daß er auch seine nächsten Freunde und intimsten Mitarbeiter stets auf neue zur Bewunderung hinriß. Die Form der Klarheit, in die seine tiefe Erkenntnis zu gießen liebte, ist von vielen mißverstanden

